Duogynon/Cumorit muß verboten werden! Seite 6

1 H 3752 CX

Proletarier aller Lander und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 7, 16. Februar 1979 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

RUB Bochum
Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew.
S2D 3426

Aufstand in Teheran

Das bewaffnete Volk stürzt die Monarchie

Nur wenige Wochen nach der Flucht des Schahs ist die iranische Monarchie unter dem Ansturm des Volkes zusammengebrochen. Der Aufstand der werktätigen Massen Teherans fegte das vom Schah eingesetzte Regime Bakhtiar aus dem Amt. Inzwischen hat eine vom religiösen Führer Khomeiny eingesetzte provisorische Regierung die Amtsgeschäfte aufgenommen.

Am Freitagabend zündete der revolutionäre Funke, als sich in einer Kaserne bei Teheran Angehörige der Luftwaffe zu einer Meuterei gegen das Regime erhoben. Die Eliteeinheit des Regimes, die Garde des Schahs, wurde in den Kampf gegen die Meuternden geworfen. Tausende von Werktätigen eilten den Aufständischen zu Hilfe. Sie errichteten Barrikaden um die Kaserne und bewaffneten sich aus den Beständen der Luftwaffe. Der Angriff der Garde wurde zurückgeschlagen.

Noch in der Nacht zum Samstag greifen die Kämpfe auf die ganze Hauptstädt über. Die Volksmassen bringen das Armeelager von Farhabad und sein großes Waffenarsenal unter ihre Gewalt. Mehrere Polizeikasernen werden gestürmt und nach heftigen Kämpfen wird auch das Polizeipräsidium eingenommen. Das ganze Wochenende über halten die bewaffneten Kämpfe an. Die kaiserliche Garde rückt auf die Viertel der Armen vor. Von den Dächern der Häuser und von Straßenbarrikaden aus werden die Gardisten unter Beschuß genommen. Mehrere ihrer Panzer werden abgeschossen. Die bewaffneten Volksmassen schlagen die Elitesoldaten des Schahs in die Flucht und errichten ihre Kontrolle über die Hauptstadt. (siehe Artikel Seite 10).



Die Gardesoldaten sind geschlagen: Luftwaffensoldaten und Demonstranten auf einem erbeuteten Panzer

Demnächst Diätenerhöhung in Bonn

Die „Berufskrankheit" der bürgerlichen Parlamentarier, die Sucht nach Bereicherung, hat ein weiteres stattliches Geschwür getrieben, das in der zweiten Hälfte dieses Jahres platzen wird. Bundestagspräsident Carstens kündigte in der letzten Woche an, daß die Einkommen der Bonner Parlamentarier weiter erhöht werden sollen. Im August 1979 wird der Bundestag darüber beraten.

Nach Carstens Vorschlägen soll die monatliche Grunddiät eines Abgeordneten von gegenwärtig 7.500 Mark um 600 bis 700 Mark und die monatliche steuerfreie Unkostenpauschale von 4.500 Mark um 350 bis 400 Mark angehoben werden. Auch die Altersversorgung, die bis zu 5.625 Mark monatlich beträgt und für die keine Rentenzahlungen zu leisten sind, soll verbessert werden.

Nach Carstens ist das Einkommen der Bonner Bundestagsabgeordneten, von denen jeder jetzt schon den Steuerzahler jährlich rund 200.000 Mark kostet, „die unterste Grenze dessen, was man vertreten sollte".





Die Bilder sprechen für sich: „Großes Interesse" der Volksvertreter bei einer Haushaltsdebatte (links) und eine Abstimmung über Diätenerhöhung (rechts)

60.000 arbeitslose Behinderte!

Die erschreckend menschenunwürdige Lage der 4 Millionen Behinderten in unserem Land war das Thema mehrstündiger Bundestagsdebatten in Bonn. Neben den 800.000 Schwerbehinderten, die oft unter diskriminierenden Bedingungen und bei schlechter Bezahlung in den Betrieben beschäftigt sind, gibt es inzwischen eine Zahl von 60.000 arbeitslosen Schwerbehinderten. Das sind dreimal soviel wie vor vier Jahren! Dieser ungeheure Anstieg ist ein direktes Produkt kapitalistischer Profitgier: Statt die gesetzlich vorgeschriebene Zahl von Behinderten zu beschäftigen, nehmen viele Unternehmer damit vorlieb, lieber die „Ausgleichsabgabe" zu leisten. Das sind 100 Mark im Monat, womit sie sich jede nichtbesetzte Behindertenstelle erkaufen. Allen moralischen Appellen, die von allen Bundestagsparteieran die Unternehmer gerichtet wurden, zum Trotz, muß einmal festgehalten werden, daß dieselben Parteien dieses Gesetz beschlossen haben, das den Unternehmern diese Tür der „Ausgleichsabgabe" offen läßt. So entlarvt sich das Gerede der Abgeordneten, und besonders die Demagogie der CDU, als pure Heuchelei. Ebenso steht es mit anderen sozialen Problemen der Behinderten. So gibt es in der ganzen Bundesrepublik nur ein Krankenhaus für Rehabilitanten, und die Pflichtquote der Behindertenarbeitsplätze ist mit 6 Prozent aller Arbeitsplätze viel zu niedrig angesetzt. Hier gab es keine konkreten Beschlüsse des Bundestages. Also: Drei Stunden Heuchelei, und danach war die elende Lage der Behinderten bei den Abgeordneten wieder vergessen!

„Rekordpreise für Benzin und Heizöl"

In den letzten Tagen erreichten die Heizölpreise in der Bundesrepublik mit über 40 Pfennig pro Liter neue Rekordhöhen. In den letzten vier Monaten sind die Heizölpreise damit um mehr als ein Drittel in die Höhe geklettert. Zwar beteuern nun die großen Ölgesellschaften, daß gegenwärtig die Preise für Benzin stabil bleiben würden. Aber eine Verteuerung im Lauf des Jahres schließen sie nicht aus. Zudem wird gegenwärtig kräftig Stimmung für Preiserhöhungen gemacht. Die Situation im Iran — heißt es — verknappe und verteure das Öl. Der Präsident der Industrie- und Handelskammer, Amerongen, erklärte, er erwarte als „Folge der Verknappung ... Rekordpreise für Benzin und Heizöl." Und „über den Preis" — so Amerongen — solle „ein möglicher Engpaß aufgefangen werden".

Olympia-Büromaschinenwerke: mindestens 2.000 Arbeitsplätze bedroht



Wilhelmshaven. Der AEG-Konzern beabsichtigt, seine Olympia-Büromaschinenwerke zu verkaufen. Verhandlungen darüber mit dem französisch-amerikanischen Computer-Unternehmen CII Honeywell-Bull sind allerdings vorerst geplatzt. Es ist sicher, daß im Falle eines Verkaufs ein großer Teil der 8.700 Beschäftigten in den Werken Wilhelmshaven und Leer/Ostfriesland um seinen Arbeitsplatz fürchten muß. Aber auch falls es zu keinem Verkauf kommen sollte, sollen noch in diesem Jahr durch Rationalisierungsmaßnahmen 1.500 bis 2.000 Kollegen entlassen werden. In der metallverarbeitenden Industrie Wilhelmshavens und der angrenzenden Gebiete des Landkreises Friesland und der Stadt Varel sollen innerhalb der nächsten zwei Jahre 3.500 Arbeitsplätze vernichtet werden.

„Es ging nur um Kontaktpflege"

Hektische Reaktionen auf Enthüllung über Kinderpolizei

Eine Lehrerin hatte in der linken Zeitung „Bremer Blatt" die Existenz einer Kinderpolizei im Bremer Arbeiterviertel Hemelingen aufgedeckt. Der „Rote Morgen" berichtete im Januar darüber (siehe RM Nr. 4/79). Inzwischen wurde die Kinderpolizei offiziell aufgelöst. Die Enthüllung hatte Empörung in der Bevölkrung und heftige Reaktionen in der Öffentlichkeit ausgelöst.

Es kam sogar zu einer Anfrage der FDP-Fraktion im Bremer Senat. Die Nachrichtenagentur Reuter verbreitete einen größeren Bericht über den Fall, der u. a. in der „Süddeutschen Zeitung" und in der „Frankfurter Rundschau" abgedruckt wurde.

Die Bremer Behörden bemühen sich hektisch, die Sache herunterzuspielen und als „harmlosen Kinderspaß" hinzustellen. Bekanntlich aber hört in diesem Staat jeder Spaß da auf, wo die Polizei anfängt. Der Senatsdirektor im Innenressort irrt, wenn er meint, die Leute beschwichtigen zu können, indem er beteuert: Es sei „nicht um das Sammeln von Informationen durch Schüler über Schüler gegangen, sonder allein um Kontaktpflege".

Für eine derartige „Kontaktpflege" bedankt sich die Bevölkerung. Genauso wie sie ja die sogenannten Kontaktbereichsbeamten ablehnt, die häufig mit den Blockwarten zur Nazizeit verglichen werden. In einem Staat wie dem unseren haben die Menschen guten Grund, wenn sie keinen Wert auf „Kontakte" mit der Staatsgewalt legen.

Roland-Mühle Bremen

Mindestens 14 Tote bei Explosion

Am Dienstagabend letzter Woche wurden die Bremer Hafenanlagen von der schwersten Explosionskatastrophe seit Kriegsende betroffen. Eine Mehlstaubexplosion in der Roland-Mühle legte einen Teil des Holz- und Fabrikhafens in Trümmer. Vermutlich 14 Menschen fanden den Tod.

Die Explosion ereignete sich gegen 21.20 Uhr. Sie zerstörte fünf große Gebäude. Das anschließende Großfeuer mit bis zu 40 Meter hohen Flammen drohte auch auf andere Fabrikanlagen überzugreifen; bis Donnerstagabend war die Feuerwehr damit beschäftigt, Flacker- und Schwelbrände auf dem Hafengelände unter Kontrolle zu halten. Die Trümmer liegen bis zu 20 Meter hoch.

Zur Zeit der Explosion — es war gerade Schichtwechsel — befanden sich 45 Menschen auf dem Gelände. Sieben wurden bisher tot aus den Trümmern geborgen, mindestens sieben werden noch vermißt. Für sie gibt es so gut wie keine Überlebenschance. 17 Menschen wurden verletzt, fünf davon schwer.

Die Firmenleitung weist die Verantwortung für das Unglück zurück; „nach menschlichem Ermessen", sagte Firmenchef Erling, hätte nichts passieren dürfen. Angesichts der Zerstörungen wird man die Ursache wohl kaum mehr exakt ermitteln können. Tatsache ist jedoch, daß in den Hafenbetrieben die Arbeitshetze ungeheuer hoch ist. Die technische Ausrüstung und die Sicherheitsvorkehrungen sind oft höchst ungenügend. Vor einem Jahr gab es eine Mehlstaubexplosion in der Getreideanlage, vor zehn Jahren bereits in der Roland-Mühle selbst. (Korrespondenzbericht Seite 3.)



Wie nach einem Bombenangriff sieht das Gelände der Bremer Roland-Mühle aus, nachdem die Explosion fünf Gebäude zerstört und einen Großbrand ausgelöst hatte.

Kommentar

Wehners Doppelspiel

„Ich bin doch nicht ein Pazifist", sagte Herbert Wehner in einem seiner Interviews, die in der vergangenen Woche so große Wellen schlugen. Das ist er wahrhaftig nicht. Und man kann auch die Herren von der Gruppe Rote Fahne beruhigen, die jetzt in größter Angst „die totale Kapitulation vor der sowjetischen Übermacht" drohen sehen.

Wehner und die SPD — sie sind ja für die NATO, sie sind ja für die hemmungslose Aufrüstung und vor allem für die Stärkung der Bundeswehr. Das haben sie mehr als einmal unter Beweis gestellt. Und wenn Wehner ausgerechnet dem aggressiven sowjetischen Sozialimperialismus bescheinigt, sein Militärapparat sei „defensiv", so kann man getrost davon ausgehen, daß er selber nicht daran glaubt. Man sollte den Mann nicht für dümmer halten als er ist. Und man sollte vor allem nicht dem Irrtum verfallen, die Bonner Herren wären nicht über den Charakter, die Absichten usw. ihrer imperialistischen Rivalen im Bilde. Warum dann also Wehners Vorstoß?

Man sollte sich in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß der Bonner Kanzler sich selbst erst vor wenigen Wochen Moskau gegenüber ähnlich großzügig gezeigt hat wie jetzt sein Fraktionsvorsitzender. Als nämlich Breschnew seine Drohbriefe an westeuropäische Regierungschefs schickte, in denen er massiv vor Waffenlieferungen an China warnte, da hatte Schmidt nicht wie gewohnt den Feldwebel herausgekehrt und sich gegen solche Einmischungen des Herrn Breschnew lautstark verwahrt. Nein, er hatte öffentlich ganz schlicht erklärt, Bonn würde keine Waffen an Peking liefern.

In beiden Fällen also klare Zugeständnisse an Moskau. Und das in einer Situation, wo die Kremlherren für solche Zugeständnisse mehr als empfänglich sind. Das offene Übergehen Chinas an die Seite ihres amerikanischen Erzrivalen hat sie in Bedrängnis gebracht. Unverhohlen betreiben die USA-Imperialisten mit der Hilfe Pekings eine immer stärkere Einkreisungspolitik gegenüber Moskau. Man denke nur an den bisherigen Höhepunkt dieser Entwicklung, den Besuch Dengs in den Vereinigten Staaten, wo der chinesische Revisionistenchef unwidersprochen zur „Allianz gegen den russischen Eisbären" aufrief.

In dieser für den sowjetischen Sozialimperialismus schwierigen Situation kommt ihm Bonn mit den demonstrativen Gesten Schmidts und Wehners entgegen. Natürlich nicht, um Moskau aus der Bedrängnis zu retten. Die Gesten wurden vielmehr ausdrücklich im Namen der Ostpolitik unternommen, das bedeutet, im Namen des verstärkten politischen und wirtschaftlichen Eindringens in die RGW-Länder, vor allem in die DDR und in die Sowjetunion selbst. Die westdeutschen Imperialisten nutzen also nur die Gunst der Stunde, die Schwierigkeiten Moskaus, um ihre „besonderen Beziehungen" zur Sowjetunion weiter auszubauen, um ihrerseits von Moskau das eine oder andere Zugeständnis herauszuholen, letztlich um den Boden für ihre weitreichenden revanchistischen Ziele besser vorzubereiten.

Was aber nicht heißt, daß sie nun, wo alle (westliche) Welt die chinesische Karte spielt, einseitig auf die russische Karte setzen würden. Nein, so wie Bonn trotz der Erklärungen Wehners weiter auf dem aggressiven Kurs der NATO mitfährt, so wird es auch trotz Schmidts Versicherungen an Breschnew nicht auf seine besonders engen Beziehungen zu Peking verzichten. Nicht einmal darauf, die chinesischen Revisionisten gegen die sowjetische Supermacht zu bewaffnen.

Was Bonn betreibt, ist nichts als ein hinterhältiges und gefährliches Doppelspiel. Die westdeutschen Imperialisten nutzen ihre Machtposition als zweitstärkste Kraft des NATO-Pakts, um die vielfältigen Widersprüche zwischen Feinden und „Freunden" auszunutzen, um für sich möglichst viel dabei herauszuschlagen und die eigenen aggressiven und räuberischen Interessen zu verwirklichen.

Aus dem Inhalt

Weg mit dem Schlichtungsbetrug 4
Protest gegen Forderungsempfehlung der ÖTV-Führung 4
Arbeiter fordern: „Der Boß muß gehen!" 5
Lohnsteuer auf Trinkgelder 5
120.000 Mark für 18 arbeitslose „Leitende" 5
Die Ansichten des Herrn Hauenschildt .. 5
Duogynon-Skandal ... 6
Polizeimanöver in der Bundesrepublik: Proben für den Bürgerkrieg 7
Redakteure wehren sich gegen Zensur ... 7
Der Kampf um das rote Bremen — zum 60. Jahrestag der Räterepublik 8
Zur Diskussion um „Holocaust": Der KZ-Staat 9
Iran: Faschistisches Regime gestürzt ... 10
Kotulla: „Aus einem deutschen Leben" ... 11
Von den Kreuzzügen bis zur I. Internationale .. 11
Filme über den Faschismus — Vorschläge ... 11

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Streit in Bonn um neue Atomraketen

In dieser Woche wird die Bundesregierung über eine große Anfrage der CDU/CSU zur Bonner Rüstungspolitik beraten. Im Mittelpunkt werden dabei die spektakulären Äußerungen des SPD-Fraktionschefs Wehner stehen. Wehner hatte unter anderem die Verhandlungsführung der Bonner Delegation bei den sogenannten Abrüstungsverhandlungen in Wien (MBFR) als hemmend kritisiert.

Besonders großes Aufsehen hatten seine Äußerungen zur Moskauer Militärpolitik hervorgerufen. Wehner hatte sich gegen „die Philosophie" gewandt, „als ob von der Sowjetunion her etwas drohe" und erklärt: „Das, was sie hat ..., das ist defensiv und nicht Aggression." Die CDU/CSU hat den SPD-Politiker aufgrund dieser Äußerungen zum Sicherheitsrisiko für die ganze westliche Welt erklärt.

Den Hintergrund für diesen Streit bildet die Auseinandersetzung über die Stationierung neuer amerikanischer Atomraketen auf dem Boden unseres Landes. Die amerikanischen Imperialisten drängen seit geraumer Zeit darauf, in Westeuropa — vor allem in der Bundesrepublik — auch Mittelstreckenraketen zu stationieren. Wie die bürgerliche Presse berichtete, haben sich bei dem Gipfeltreffen in Guadeloupe Schmidt und die Regierungschefs von Frankreich und Britannien grundsätzlich für diese Pläne Washingtons ausgesprochen. Damit würden zum ersten Mal in Westeuropa Atomraketen stationiert, die auch die Sowjetunion erreichen könnten.

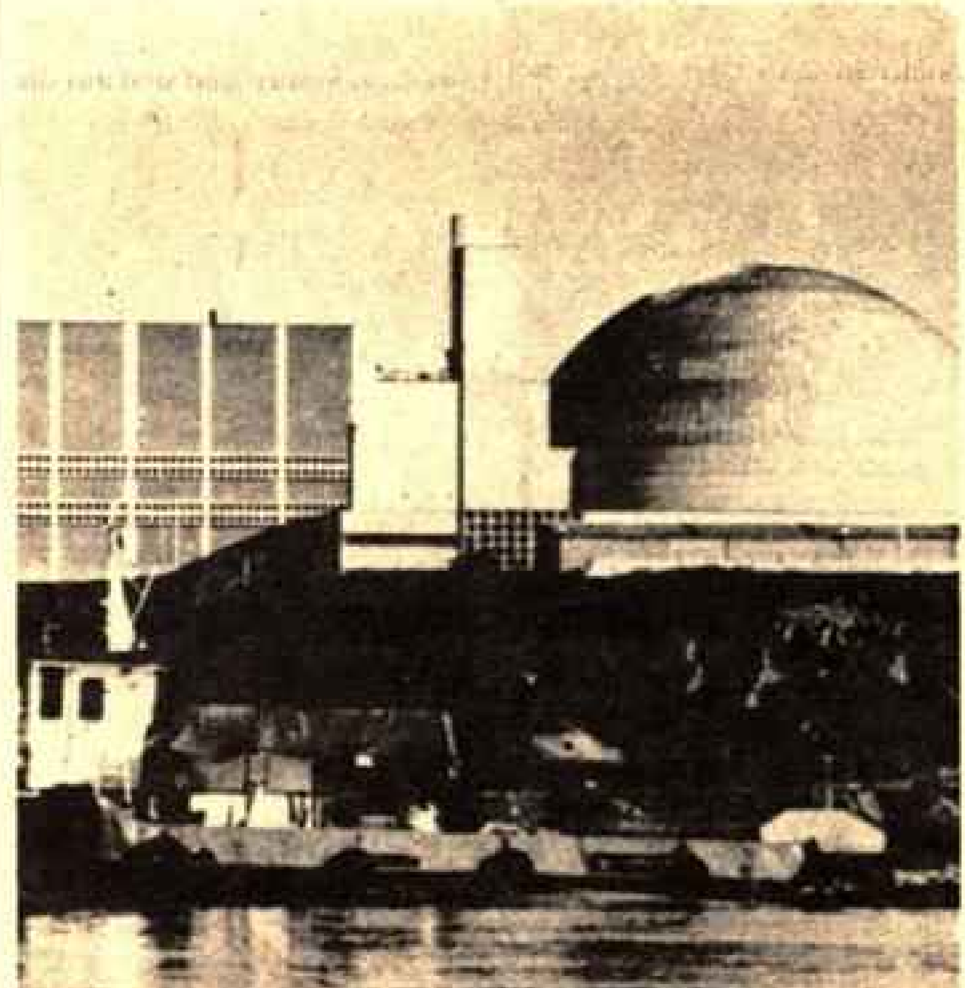
Aber auch diese ganz offensichtliche Aufstockung des NATO-Waffenarsenals, diese deutliche und gefährliche Verschärfung der Kriegsgefahr, wird von Führern des westlichen Militärpakts noch als Abrüstungsschritt hingestellt. Denn nur die Aufforstung Westeuropas mit neuen Massenvernichtungswaffen — so erklären sie — könnte Moskau zum Abbau seiner Bestände an Mittelstreckenraketen und strategischen Atombombern zwingen. Das ist genau die „Logik", mit der bislang noch immer die beiden aggressiven Militärblöcke der Supermächte ihre maßlose Hochrüstung begründet haben. Auf dieser Grundlage führen sie ihre sogenannten Abrüstungsverhandlungen wie „Salt" oder „MBFR". Die Konsequenzen liegen vor unser aller Augen: Noch nie ist ein einziger Soldat, eine einzige Waffe in der Versenkung verschwunden. Im Gegenteil: Der Hinweis auf die angebliche Stärke und Überlegenheit des Gegners diente nur immer der eigenen verstärkten Aufrüstung.

Wehners Vorstoß nun richtete sich scheinbar gegen diesen Rüstungswettlauf. Er forderte in bezug auf die neuen Mittelstreckenraketen **erst** Verhandlungen mit Moskau und **dann** (bei einem möglichen Scheitern dieser Verhandlungen) die Stationierung der Atomwaffen in der Bundesrepublik. Aber schon diese Position macht deutlich, daß Wehner nicht etwa grundsätzlich gegen eine weitere Anhäufung des Potentials an amerikanischen und westdeutschen Massenvernichtungswaffen auf dem Boden unseres Landes ist.

Zum anderen bekannte er sich ausdrücklich zum NATO-Langzeitprogramm, das für die nächsten Jahre eine gewaltige Steigerung der Rüstungsausgaben des westlichen Blocks und vor allem eine Stärkung der Bundeswehr vorsieht. Es ist also nicht plötzlich der Abrüstungs- und Entspannungswille in der Spitze der SPD ausgebrochen. Wehners Äußerungen sind nur ein taktisches Manöver zur Täuschung über die wirklichen Absichten Bonns und zur Verbesserung der Verhandlungspositionen des westdeutschen Imperialismus bei seinem Schacher mit Moskau. (Siehe auch Kommentar auf dieser Seite).

Atomgeschäft Bonn-Argentinien

Mit dem Export eines Natururan-Reaktors und einer Schwerwasseranlage nach Argentinien verspricht sich die Kraftwerksunion (KWU), der größte Kraftwerkhersteller Westdeutschlands, neue Profite, nachdem ihre Unternehmungen im Iran so „glücklos" verlaufen sind. Ein solches Geschäft wäre allerdings genauso zu verurteilen wie vor einem Jahr der Atomvertrag zwischen Bonn und Brasilien. Mit einer eigenen Herstellung von schwerem Wasser wäre Argentinien in der Lage, selbst Atombomben herzustellen. Atombomben in der Hand der faschistischen Videla-Clique, das wäre eine zusätzliche Bedrohung für die Völker Südamerikas. Aber nicht nur die Südamerikas, auch die europäischen Völker haben dieses Geschäft zu fürchten, denn damit würde die wirtschaftliche Abhängigkeit Argentiniens von Bonn noch mehr verstärkt, und Bonn könnte bei seinen eigenen Plänen, Atombomben in die Finger zu bekommen, ein gefährliches Stück weiterkommen. Nieder mit dem Atomgeschäft Bonn — Argentinien!



Der Export der Schwerwasseranlage ist nicht das erste Geschäft der KWU mit Argentinien: Hier das KWU-Kernkraftwerk in Atucha in Argentinien

Unionsquerelen

Vorstöße in Richtung Vierte Partei

Die Querelen und Schachzüge in und um die Unionsparteien haben sich in der letzten Woche verschärft. Die Situation war gekennzeichnet von Versuchen, eine Vierte Partei rechts von der CDU zu gründen. Weiter im Gespräch war auch die mögliche bundesweite Ausdehnung der CSU. Die verschiedenen Vorstöße dienten gleichzeitig als Hebel, um innerhalb der Unionsparteien die Posten neu zu verschieben.

Zum 19. Februar will sich — wie angekündigt wurde — eine sogenannte Liberal-Konservative Aktion der Öffentlichkeit vorstellen. Ihr Initiator ist der berüchtigte Würzburger Professor Lothar Bossle, der seinen Lehrstuhl vor zwei Jahren gegen den erbitterten Widerstand der Studenten erhielt. Bossle ist ein Verehrer des Chefs der chilenischen Faschisten, Pinochet. Schon dies allein wirft ein bezeichnendes Licht auf den Charakter der geplanten Liberal-Konservativen Aktion. Mit im Spiel ist auch der ZDF-Moderator und fanatische Antikommunist Löwenthal.

Wie weiter verlautete, soll zum 1. Mai eine sogenannte Bürgerpartei der Steuerzahler gegründet werden. Ihr Motor ist der Vorsitzende des Bundes der Steuerzahler, Fredersdorf. Laut Fredersdorf soll die Bürgerpartei im Bundesgebiet eine ähnliche Politik vertreten wie die CSU in Bayern.

Die CSU scheint überhaupt die Fäden der beiden Vorstöße zur Gründung einer Vierten Partei in der Hand zu halten. Sie sind Testballons für Strauß' Pläne, die CSU bundesweit auszudehnen. So traf sich Fredersdorf in der letzten Woche mit Strauß zu einem langen Gespräch; Bossle ist CSU-Mitglied und ein Berater und Intimfreund von Strauß.

Die Vorstöße von Fredersdorf und Bossle passen zudem gut in das Konzept von Strauß, Druck auf die CDU und die Position des Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten der CDU, Kohl, auszuüben. Nach wie vor strebt Strauß eine Kanzlerkandidatur und Kanzlerschaft an. Die Drohung mit der Vierten Partei verstärkt nur sein Gewicht gegenüber seinen Rivalen. Eine Ablösung der jetzigen Koalition — so Strauß in der letzten Woche — sei nur über eine Veränderung der Parteienlandschaft möglich.

Morddrohungen gegen Kogon und Kempner

Bis jetzt vertuscht wurde die Tatsache, daß bereits im Juli letzten Jahres Neonazis Morddrohungen gegen Professor Eugen Kogon sowie den ehemaligen Chefankläger der Nürnberger Prozesse, Robert Kempner, ausgestoßen hatten. Gegen einen zeitgeschichtlichen Kongreß in Aschaffenburg, auf dem Historiker und Schriftsteller über das Thema „Interesse an Hitler: Informationsbedürfnis — Trauma — Nostalgie?" diskutieren wollten, waren mehrere Bombendrohungen eingegangen. An diesem Kongreß hatten Kogon und Kempner teilnehmen wollen, waren aber im letzten Augenblick verhindert. Im Dezember nahm die Polizei in Hanau zwei Personen fest, von denen der eine in Verdacht steht, an diesen Morddrohungen beteiligt zu sein. In der Wohnung der beiden wurden neben einer Druckmaschine, auf der wahrscheinlich ein nazistisches Hetzblatt („Schwarzes Korps") gedruckt worden ist, 700 Schuß Übungsmunition, zahlreiche Hakenkreuzfahnen und -aufkleber, eine Handgranate und viele Nazi-Pamphlete gefunden. Die Verdächtigen wurden aber nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuß gesetzt. Ein Sprecher des Generalbundesanwalts: „Wir messen den Drohungen keine besondere Bedeutung bei."

BAFöG: „Chaotenklausel"?

Am vergangenen Donnerstag debattierte der Bundestag in erster Lesung über einen Änderungsvorschlag der CDU/CSU-Fraktion zur Neugestaltung des Bundesausbildungs-Förderungsgesetzes (BAFöG). Danach soll in Zukunft streikenden und nicht genug strebsamen Studenten die Unterstützung nach BAFöG gestrichen werden können. Die Neuregelung soll namentlich die Studenten betreffen, die Lehrveranstaltungen boykottieren, zum Boykott aufrufen oder andere Studenten am Besuch der Veranstaltungen hindern.

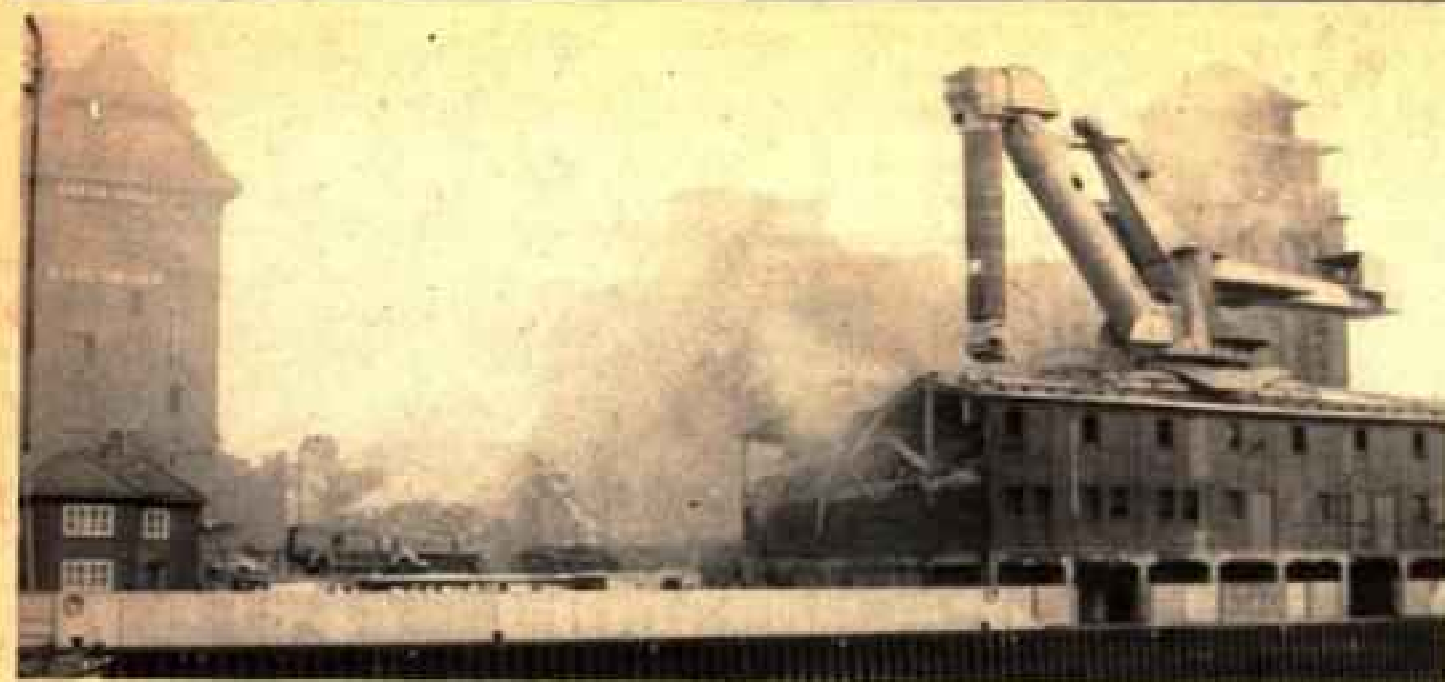
Der CDU-Vorschlag, der zunächst abgelehnt wurde, bedeutet einen ungeheuerlichen Angriff auf die noch verbliebenen Rechte der Studenten. Er zielt darauf ab, die Studenten politisch vollständig zu entmündigen, sie gegenüber ihrer ständig sich verschärfenden Ausbildungs- und materiellen Situation wehrlos zu machen.

Berichtigung

Im „Roten Morgen" Nr. 5 vom 2. Februar dieses Jahres veröffentlichten wir eine Volkskorrespondenz aus Essen unter der Überschrift „Bisher waren wir loyal, das kann sich ändern, radikal!" Im Rahmen dieses Artikels ist ein Foto abgedruckt, das eine Mieterversammlung darstellt, die wir in der Bildunterschrift irrtümlicherweise als Langenbrahmer Mieterversammlung bezeichneten. Der Vorsitzende der Langenbrahmer Mieterinitiative hat uns auf diesen Irrtum hingewiesen und gleichzeitig angeboten, uns in Zukunft authentisches Bildmaterial zur Verfügung zu stellen. Wir bitten, unseren Irrtum zu entschuldigen und bedanken uns für sein Angebot, auf das wir bestimmt zurückkommen werden.

Zitat der Woche:

„Der chinesische Vizepremier Deng Xiaoping (Deng Hsiao-ping) *hat bei seinem USA-Besuch durch geschickte Regie, persönlichen Charme und Gespür für die amerikanische Mentalität die Herzen des Landes im Sturm erobert."* („Rote Fahne", 10. Jahrgang, Nr. 6).



Explosionskatastrophe in Bremen

Korrespondenz. Die Bremer Bevölkerung ist am vergangenen Dienstag von der schwersten Katastrophe seit Kriegsende heimgesucht worden. Um 21.24 Uhr zerstörte eine ohrenbetäubende Detonation die Roland-Mühle an der Emder Straße im Holz- und Fabrikenhafen. Die Druckwelle hatte die Kraft von 20 Tonnen reinem Explosivstoff. Im Umkreis von 50 Metern war die Explosion tödlich. Es gab Tote und Verletzte. Sieben Arbeiter sind noch immer vermißt.

Dienstag, 21.30 Uhr: Hunderte von Angehörigen der Mühlenarbeiter bangen um das Leben ihrer Männer. Über Radio Bremen kommt die Aufforderung an die Hafenarbeiterfamilien, die vermißten Ehegatten, Freunde, Verlobten, die von der Schicht noch nicht nach Hause gekommen sind, zu melden, Erschütternde Szenen spielen sich vor den Toren der Roland-Mühle ab. „Befindet sich mein Verlobter darunter?" — „Wissen Sie etwas über meinen Bruder?" — „In welchem Krankenhaus liegt mein Mann?" — „Dort war die Wohnung meiner Schwiegereltern." Dies sagt die Schwiegertochter des Hausmeisterehepaares der Mühle und weint.

Roland-Mühle

Die Bremer Roland-Mühle Erling &Co. ist einer der größten Mühlenbetriebe Europas. Sie wurde 1897 als Aktiengesellschaft gegründet. 230 Arbeiter schufteten hier in drei Schichten. Zwischen 1.000 und 1.200 Tonnen Weizen und Roggen wurden täglich gemahlen, etwa die Hälfte davon für den Export. Der Umsatz wird auf 130 bis 140 Millionen Mark geschätzt. Geleitet wird die Kommanditgesellschaft von den beiden Brüdern Erling, die zusammen mehr als die Hälfte des Gesellschaftskapitals halten. Neben der Roland-Mühle gehören ihnen noch vier kleinere Mühlen sowie Anteile in anderen Branchen. Einer der Brüder ist noch Chef der Bremer Industrie- und Handelskammer.

Roland-Mühle explodiert

Was war passiert? Kurz nach Schichtwechsel, um 21.24 Uhr, explodierte die Roland-Mühle, eine der größten Mühlen Europas.

Eine gewaltige Druckwelle hob das Dach des 40 Meter hohen Mühlenturmes ab, ließ Silos und Speicher wie Kartenhäuser einstürzen. „Unter den Trümmern sind 50-60 Mann", sagten Anwohner der unmittelbaren Umgebung.

Zum Zeitpunkt der Explosion waren zwischen 10.000 und 12.000 Tonnen Mehl in dem Silo. Sofort nach der Explosion schossen hohe Stichflammen aus der Mühle. Flammen züngelten an den Überresten des Mühlenturms empor. Er leuchtete durch den dichten Nebel und glich einer riesigen Fackel. Dichte Rauch- und Staubwolken quollen durch das Hafengelände. Ein Mann wurde Zeuge einer furchtbaren Szene: Er sah zwei lichterloh brennende Menschen auf einen Balkon des Gebäudes wanken. Wenig später waren sie verschwunden. Die riesigen Feuerwände breiteten sich blitzschnell aus. Ein 40 Meter hoher Siloturm fiel in sich zusammen. Ebenso der Aufbau des Haupthauses. Ein weiterer Silo und ein Kajegebäude gerieten in Brand. An der Getreidekaje liegende Schiffe wurden von Trümmerteilen getroffen. Das Feuer schlug eine 150 Quadratmeter große Schneise.

Bis 23 Uhr gelang es den Rettungsmannschaften, zwölf verletzte Nachtschichtarbeiter zu bergen. Vier schwebten um Mitternacht noch in Lebensgefahr. Die zwölf geborgenen Arbeiter hatten sich wahrscheinlich in der Nähe der Stempeluhr aufgehalten. „Unsere Kollegen sind noch drin", sagten sie. Bis Mitternacht wurden die vermißten Kollegen nicht gefunden.

Druckwelle erschütterte die anliegenden Stadtteile Walle und Gröpelingen

Nur 200 Meter neben der Roland-Mühle konnte eine Hausmeisterfamilie gerade noch das nackte Leben retten. Ihre Wohnung stand in Flammen. „Wir haben alle geschrien wie von Sinnen und sind auf die Straße rausgelaufen. Da war alles mit Trümmern übersät."

Eine Frau aus der Bremerhavenerstraße gegenüber der Roland-Mühle berichtete: „Ich stand im Badezimmer und kämmte mir die Haare. Plötzlich gab es einen gewaltigen Knall und ich wurde zu Boden geschleudert. Als ich wieder auf die Beine kam, sah ich einen riesigen Feuerball über der Mühle." Sie rannte auf die Straße: „Das ganze Haus hat gebebt, ich dachte, im nächsten Augenblick bricht alles über mir zusammen."

Die Druckwelle der explodierenden Roland-Mühle versetzte die in unmittelbarer Umgebung wie die in entfernteren Stadtgebieten Wohnenden in Panik. In Walle und Gröpelingen, den unmittelbar am Hafen gelegenen Arbeitervierteln, zerstörte die Druckwelle viele Fensterscheiben. Steinbrocken wurden mehrere hundert Meter weit durch die Luft gewirbelt. Die Druckwelle ging über weite Teile der Stadt hinweg. Bis nach Lilienthal, einer niedersächsischen Randgemeinde, wurde die Explosion gehört; im Bremer Stadtteil Weidedamm schwankten die Hochhäuser wie bei einem Erdbeben.

Daß sich die Flammenhölle nicht über den ganzen Hafen und die anliegenden Stadtteile ausbreitete, ist ein Wunder. Mehrere riesige unterirdische Öltanks lagen direkt im Explosionsgebiet . . .

48 Stunden nach der Explosion loderten immer noch Flammen im Holz- und Fabrikenhafen auf. Bis Donnerstagabend konnten sechs tote Arbeiter und die ebenfalls in den Trümmern umgekommene Tochter des Hausmeisters der Roland-Mühle von den Rettungsmannschaften geborgen werden. Mindestens sieben Menschen sind noch unter den Trümmern begraben.



Wie nach einem Bombenangriff. Feuerwehrleute suchen mit Hunden nach Verschütteten.

Noch Tage nach der schweren Explosion kommt es immer wieder zu erschütternden Szenen vor der abgebrannten Mühle. Angehörige wollen nach ihren Männern suchen . . . „Laßt mich durch", flehte eine Frau die Polizisten an, „ich will jetzt selbst meinen Mann suchen."

Wie konnte so etwas passieren?

Dazu Firmenchef und Mitinhaber C. R. Erling: „Nach menschlichem Ermessen konnte gar nichts passieren." Und Innensenator Fröhlich über die Sicherheit im Hafen: „Wir haben einen hohen Grad an Sicherheit. Aber eine hundertprozentige Sicherheit gibt es nicht." Also wieder mal eine „Jahrhundertkatastrophe"?

Wie kommt es zu solchen Explosionen?

Dazu ein Experte der Bremer Feuerwehr: „Es handelt sich um eine Staubexplosion. Mehlstaub in größeren Mengen explodiert, wenn er sich mit Sauerstoff verbindet. Vor allem wird es kritisch, wenn heißgelaufene Förderbänder hinzukommen. Schon Puderzucker kann in Verbindung mit Sauerstoff explodieren." In der Abpackanlage, dem Herd der Explosion, habe sich ständig feinster Mehlstaub abgelagert. Wie eine Bremer Tageszeitung meldete, soll es einige Tage vor dem Unglück einen Defekt in einem Transformator gegeben haben. Ratten hatten angeblich ein Kabel angefressen.

Das Unglück war nicht so unvorhersehbar, wie es Erling der Bevölkerung weismachen will. Vor zehn Jahren hatte sich schon einmal ein Unglück in der Rolands-Mühle ereignet. Eine Mehlstaubexplosion forderte damals mehrere Verletzte und Sachschaden in Höhe von rund 35.000 Mark.

Profitgier

Kurz nach der Katastrophe vom Dienstag verteilten die Genossen ein Flugblatt der Partei im Hafen und den angrenzenden Stadtteilen. Darin heißt es:

„Konnte wirklich ‚nach menschlichem Ermessen gar nichts passieren . . .'?

. . . wie der Mühlenkapitalist Erling behauptet? Können sich solche Katastrophen wirklich nicht vermeiden lassen?

Geht es den Hafenkapitalisten nicht in erster Linie um die Umschlaggeschwindigkeit, die möglichst kürzeste Liegezeit der Dampfer? Die Absauganlagen, die Hebeanlagen, die Kajen, die gesamten Förderanlagen werden immer schneller. Hauptsache, der Dampfer ist leer. Was danach kommt, ist egal. Da wird nicht investiert. Die Ventilatoren schaffen die Mengen nicht. Eine notwendige dauernde Wartung gibt es nicht. Die Gebäude sind alt, die Speicher wimmeln von Ratten und Mäusen. In der Getreideanlage zum Beispiel gibt es **einen** Staubsauger!

‚. . . . Nach menschlichem Ermessen konnte nichts passieren . . .'? Ein Kollege, wutentbrannt: ‚Damals gingen sie bedenkenlos über Leichen, Holocaust. Heute genauso — denn es sind die gleichen Herren, die Kapitalisten. Der Tod der Kollegen wird skrupellos eingeplant.'

Welcher Zynismus, welche Verachtung spricht aus den Äußerungen des Mühlenkapitalisten C. R. Erling, wenn er als erstes sagt: ‚Donnerstag morgen sollen alle Arbeiter zum Schichtbeginn pünktlich kommen, zum Schutträumen.'

Als Leichensucher, kann man da nur hinzufügen. Kein Wort des Beileids, des Bedauerns.

Die Hafenarbeiter und die Bewohner der Hafenstadtteile sitzen auf einem Pulverfaß. Bedenkenlos werden die Kollegen angetrieben, damit der Hafen den Ruf als schneller Umschlagplatz nicht verliert. Was dann passiert mit den Chemikalien, den Giften, den hochexplosiven Staubgemischen, ist für die Hafenkapitalisten nichts weiter als ein versicherungstechnisches Risiko. Erling kassiert die 50 Millionen zum Wiederaufbau, der Verdienstausfall wird ihm ersetzt. Und die wahren Gründe werden verschleiert werden. Uns werden sie einzureden versuchen, daß wir einfach in dieser ständigen Bedrohung leben müssen, daß sich solche Katastrophen ständig ereignen können . . .

Nein, schuld an der Katastrophe ist die unersättliche Profitgier der Hafenkapitalisten!"

Schon versuchen die anderen Mehlkapitalisten Profit aus dem Unglück zu ziehen. Die beiden Mühlenprodukte Mehl und Kleie, die etwa im Verhältnis 80 : 20 anfallen, werden teurer. Bereits am Mittwoch stieg der Kleiepreis sprunghaft an. Der Mehlpreis wird diesem Trend bald folgen. Der Brotpreis auch!

Über die Leichen der Arbeiter, die dem mörderischen Profitstreben zum Opfer gefallen sind, geht die kapitalistische Ausbeutung und Geschäftemacherei weiter ihren gewohnten Gang . . .



Mit ca. 115 Treckern demonstrierten die Bauern durch Gartow. Sie protestierten gegen den Bau des Entsorgungszentrums.

Gorleben:

Bauerndemonstration gegen Atomzentrum

Am Mittwoch letzter Woche kam es in Gartow zu einer großen Bauerndemonstration gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben. Mit 115 Fahrzeugen — Traktoren, Unimogs und einem Mähdrescher — demonstrierten die Bauern durch den Ort. Sie fuhren vor das Hotel „Gartower Hof", wo hinter verschlossenen Türen der Forschungsausschuß des Bundestages und die Gorleben-Kommission mit Vertretern des Niedersächsischen Landtags und des Sozialministeriums zusammensaßen.

Die Trecker trugen Protestplakate wie „Wir fühlen uns verraten von Politik und Technokraten"; „Es grüne die Tanne, es schlage das Herz, im Widerstand sind wir so hart wie Erz"; „Nur Mut! Wenn wir hart bleiben, muß Albrecht nachgeben" und „Gestern Gaskammern, morgen Atomstaat" (siehe Bild).

Vor dem Hotel, in dem die Politiker saßen, wurde ein Hupkonzert veranstaltet. Über Megaphon verlas ein Sprecher der Bauern eine Resolution, in der der Widerstand gegen „die mit unglaublichen Risiken verbundene Atomindustrie" bekräftigt wurde. „Unerschütterlich werden wir protestieren, weil es keine nukleare Sicherheit gibt", heißt es in dem Text. Weiter wird darauf hingewiesen, daß durch den Bau der Wiederaufbereitungsanlage über 1.000 Hektar land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche verlorengehen. Der Sprecher: „Das ist die Existenzgrundlage von mindestens 20 mittleren Betrieben. Weiter drohen uns unzumutbare Belastungen durch Flächenzerschneidung, autobahnartiges Verkehrsaufkommen, Grundwasserabsenkungen und der sichere Rufmord unserer landwirtschaftlichen Produkte."

Die Resolution wurde den Politikern überreicht. Diese sahen sich genötigt, einige beschwichtigende Worte zu verlieren. Sie erregten damit jedoch nur den Unmut der Bauern. „Leeres Geschwätz!" war die Meinung der zum Widerstand entschlossenen Bauern.

Ende letzter Woche wurde in Bonn das schon vor längerer Zeit ausgehandelte Verwaltungsabkommen zur Beteiligung des Bundes an den Kosten für das geplante Entsorgungszentrum Gorleben unterzeichnet. Das Abkommen regelt vor allem die Finanzierung der Polizei- und Bundesgrenzschutzkräfte, die zur „Sicherheit" der Baustelle der Nuklearanlage aufmarschieren.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Arbeitsplatzvernichtung — Kurzarbeit — Entlassungen

Grundig meldet Kurzarbeit an

Fürth. Nach Telefunken, Loewe-Opta, Schaub-Lorenz, Nordmende und Blaupunkt hat nun auch Grundig Kurzarbeit angekündigt. Die Grundig-Bosse haben beim Arbeitsamt vorsorglich für 10.000 Beschäftigte Kurzarbeit angemeldet. Durch die Kurzarbeit wälzen die Kapitalisten die finanziellen Lasten der Absatzflaute auf die Belegschaft bzw. auf die von der Arbeiterschaft finanzierte Arbeitslosenversicherung ab.

Siemens verlagert Produktion aus strukturschwachem Gebiet

Neustadt bei Coburg. 500 Beschäftigte will Siemens durch die teilweise Stillegung der beiden Kabelwerke in Neustadt (Landkreis Coburg) und Teuschnitz (Landkreis Kronach) auf die Straße werfen. Teile der Produktion in den an der Grenze zur DDR gelegenen Werken mit derzeit 2.500 Beschäftigten sollen nach Berlin verlegt werden. Dadurch kann Siemens höhere Profite herausholen. Das Werk in Teuschnitz mit 200 Beschäftigten, das erst vor vier Jahren von Siemens in der 4.000 Einwohner zählenden Gemeinde errichtet wurde, soll ganz aufgelöst werden.

Für das Grenzland bedeuten diese Pläne der Siemens-Konzernherren einen schweren Schlag. Im Landkreis Kronach liegt die amtliche Arbeitslosenquote bei 9,4 Prozent. Für die Errichtung der beiden Werke in dem strukturschwachen Gebiet hatten die Siemens-Kapitalisten vom Staat Millionenbeträge an Subventionen erhalten.

Ruhrkohle AG: im letzten Jahr 7.169 Arbeitsplätze vernichtet

Essen. Aus Verlautbarungen der RAG über die Entwicklung dieses halbstaatlichen Konzerns im vergangenen Jahr ergibt sich, daß er seinen Umsatz und seine Profite erheblich steigern konnte, und zwar bei gleichzeitiger massiver Vernichtung von Arbeitsplätzen sowie verschärfter Arbeitshetze.

Der Kohleabsatz der RAG stieg 1978 auf 64,1 Millionen Tonnen. Die Kohle- bzw. Kokshalden konnten um 3,9 Millionen Tonnen verringert werden. Gleichzeitig wurde durch Feierschichten (Kurzarbeit) die Förderung um 1,4 Millionen Tonnen gedrosselt.

Für die Arbeiter und Angestellten der RAG sieht die Bilanz des abgelaufenen Jahres hingegen nicht gerade positiv aus. Tausende Kollegen verloren ihren Arbeitsplatz. Insgesamt schraubten die RAG-Bosse die Gesamtbelegschaft um 5,2 Prozent auf 129.464 Beschäftigte zurück. Das bedeutet, daß 7.169 Arbeitsplätze vernichtet worden sind. Gleichzeitig wurde die Förderleistung unter Tage pro Mann und Schicht von 3.895 auf 3.972 Kilogramm hochgetrieben.

Weg mit dem Schlichtungsbetrug!

In der Metallindustrie beginnen die Verhandlungen über das Schlichtungsabkommen

Im Gegensatz etwa zur eisen- und stahlerzeugenden Industrie gibt es für die metallverarbeitende Industrie zwischen der IG Metall und dem Unternehmerverband ein Schlichtungsabkommen. Dieses ist ab Mitte dieses Jahres bis zum 31. 12. 79 kündbar. In Krefeld trafen die Vertreter des IGM-Apparats und der Metallkapitalisten in der letzten Woche zu ersten Verhandlungen über dieses Abkommen zusammen.



Die Schlichtung ist eines der Instrumente, die zur Behinderung des Kampfes der Arbeiter für die Durchsetzung ihrer Forderungen dienen. Wie beispielsweise die konzertierte Aktion oder die Mitbestimmung gehört sie in das Arsenal der reaktionären Politik der „Sozialpartnerschaft". Noch jedesmal, wenn Schlichtungsverhandlungen unter der Vermittlung sogenannter neutraler Schlichter geführt wurden, kam für die Arbeiter dabei ein fauler Kompromiß heraus. Das jüngste Beispiel dafür ist der Schandabschluß in der Stahlindustrie, der unter Vermittlung eines „politischen Schlichters", des Arbeitsministers von Nordrhein-Westfalen, Farthmann, zustandegekommen ist.

Das Schlichtungsabkommen in der Metallindustrie legt eine Schlichtungsordnung für den Fall fest, daß die regulären Tarifverhandlungen für gescheitert erklärt worden sind. Es dient also dazu, einen drohenden Streik durch ein Schlichtungsverfahren zu vermeiden. Vom Standpunkt der Arbeiterklasse muß ein solches Schlichtungsabkommen bekämpft werden, weil es letztlich nur dazu dient, die Arbeiter zum Stillhalten zu zwingen. Jede Schlichtung kann den Kampf der Arbeiter für die Durchsetzung ihrer Forderungen nur behindern.

Aber die Herren Janßen, Steinkühler, Herb und Kittner, die in Krefeld mit den Kapitalistenvertretern verhandelten, hatten natürlich nicht die ersatzlose Kündigung dieses Abkommens im Sinn. Die IGM-Führung will das Abkommen beibehalten, weil sie es als ein Mittel zur Sabotage an den Kämpfen der Metallarbeiter benötigt. Sie verlangt allerdings einige Änderungen an dem Abkommen, die ihr eine größere Flexibilität bei der Abwiegelung der Tarifbewegungen verschaffen und die sie gleichzeitig auch gegenüber der Basis und der klassenkämpferischen Opposition in der IG Metall als „Verbesserung und Fortschritt" vorzeigen kann.

Zum einen verlangt die IGM-Führung eine einfachere Regelung bei der Bestellung des Vorsitzenden der Schlichtungskommission. Zum zweiten will sie den Einlassungszwang abschaffen, der die jeweils andere Tarifpartei verpflichtet, sich auf die Schlichtung einzulassen, wenn die Gegenpartei nach gescheiterten regulären Verhandlungen ein Schlichtungsverfahren verlangt. Die wichtigste Änderung, die von der IGM-Führung verlangt wird, ist jedoch die Abschaffung der verlängerten Friedenspflicht für den Zeitraum des Schlichtungsverfahrens.

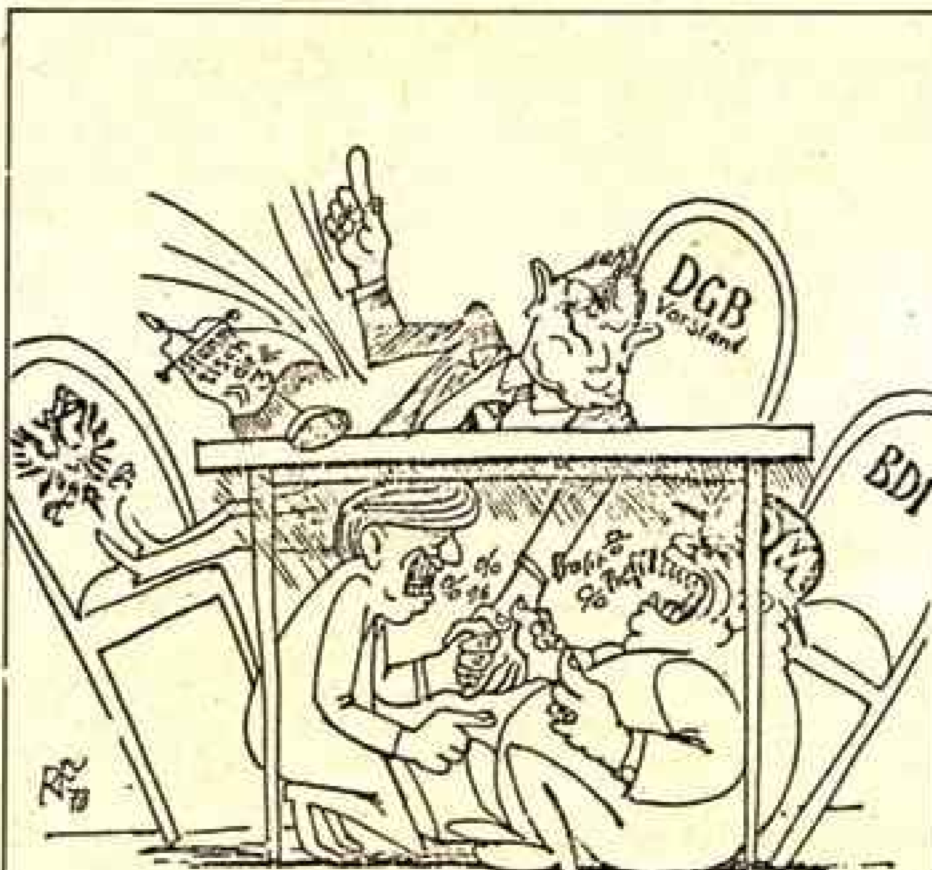
Nach den bestehenden Gesetzen des Bonner Staates, die das Streikrecht der Arbeiterklasser erheblich einschränken, besteht normalerweise eine Friedenspflicht, die Streiks verbietet. Sie erlischt erst in dem Moment, wo ein Tarifvertrag von seiner Laufzeit her abgelaufen ist und die regulären Verhandlungen für gescheitert erklärt wurden. Das Schlichtungsabkommen in der Metallindustrie bedeutet praktisch eine Verschärfung dieser Verstümmelung des Streikrechts, denn es beinhaltet, daß die Friedenspflicht auch noch nach dem Scheitern der regulären Verhandlungen besteht, nämlich für die Zeit, in der Schlichtungsverhandlungen laufen. Da die Gewerkschaftsführung überhaupt ein solches Abkommen getroffen hat, verdeutlicht ihre verräterische Haltung.

Inzwischen ist jedoch diese verlängerte Friedenspflicht für die IGM-Bonzen selbst zu einem Hindernis geworden. Die wachsende Unruhe und Kampfbereitschaft in den Betrieben führte in den vergangenen Jahren dazu, daß es schon während der Tarifverhandlungen immer öfter zu Warnstreiks kam. Die IGM-Bonzen können es sich nicht erlauben, sich offen gegen solche Warnstreiks zu stellen. Wenn sie sie aber offiziell billigen, dann kommen sie selbst in Konflikt mit der Friedenspflicht. Verschiedentlich haben die Unternehmer die IGM-Führung wegen solcher „illegaler" Warnstreiks bereits auf Schadensersatz verklagt. Überdies scheint es den IGM-Bonzen im Rahmen ihrer Abwiegelungspolitik in bestimmten Situationen durchaus unumgänglich, befristete Schwerpunktstreiks oder Warnstreiks zu organisieren mit dem Ziel, dadurch möglichst das „größere Übel" zu vermeiden, nämlich einen unbefristeten Flächenstreik bzw. Vollstreik.

Sie wollen ihre Manövrierfähigkeit beim Abwiegeln und Sabotieren der Kämpfe der Arbeiterklasse verbessern. Daher sind sie eben nur an den angeführten Änderungen des Schlichtungsabkommens interessiert, nicht jedoch an seiner ersatzlosen Streichung, was vom Standpunkt der Arbeiterklasse der einzig konsequente Schritt wäre.

Die Kapitalisten allerdings sind offenbar nicht einmal ohne weiteres bereit, den Änderungswünschen der IGM-Bonzen zu entsprechen. Es war ja noch nie ihre Art, einmal gewonnenes Terrain freiwillig wieder zu räumen. Das „Handelsblatt" schreibt dazu, über die beiden anderen Punkt könne ja geredet werden, aber: *„Keine Einigung kann es geben hinsichtlich der ersten Gewerkschaftsforderung, der Beendigung der Friedenspflicht bereits während der Schlichtung."*

Wie gehabt: Während die IGM-Bonzen schon mit dem faulen Kompromiß wedeln, bevor Verhandlungen überhaupt begonnen haben, legen die Kapitalisten von vornherein eine provokative Unverfrorenheit und Härte an den Tag. Für die klassenbewußten Gewerkschafter heißt die Forderung deshalb erst recht: Weg mit dem Schlichtungsabkommen!



Heinz O. Vetter „Die Konzertierte Aktion ist vom Tisch".


Damit nicht die Mehrheit der im öffentlichen Dienst Beschäftigten immer wieder benachteiligt wird, fordern die ÖTV-Kollegen Lohnerhöhung in Mark und Pfennig anstelle von Prozentforderungen.

Protest gegen Forderungsempfehlung der ÖTV-Führung

Arbeiterkorrespondenz

Wenn der geschäftsführende Hauptvorstand der ÖTV in seiner Tarifempfehlung vom 4. 12. 1978 behauptet, daß eine rein prozentuale Erhöhung der Einkommen der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst den größten Solidarisierungseffekt erzielt, ist das ein schlechter Witz. Er verwechselt dabei die Gesamtmitgliedschaft mit den 5 bis 10 Prozent Spitzenverdienern, die im öffentlichen Dienst hohe Vorgesetzten- oder direkt Arbeitgeberfunktionen erfüllen.

Verwunderlich ist das allerdings nicht, denn sie sind es gerade, die in den Fachgruppen und Fachabteilungen der ÖTV häufig die Posten des Vorsitzenden bekleiden oder andere wichtige Gewerkschaftsfunktionen einnehmen.

Wenn man dagegen die Mitglieder mit unteren oder mittleren Einkommen hört, sieht es anders aus. Eine große Anzahl Mitglieder, aber auch viele Funktionäre, selbst in Kreis- und Bezirksvorständen, haben es satt, daß die Tarifpolitik des geschäftsführenden Hauptvorstandes sich gerade an den Interessen dieser Spitzenverdiener orientiert und daß diese Politik dann als Wille der Gesamtmitgliedschaft ausgegeben wird.

Der Widerstand richtet sich gegen die Höhe und die Struktur der Forderung. Er richtet sich aber auch dagegen, daß der geschäftsführende Hauptvorstand überhaupt eine Forderungsempfehlung herausgibt und sie zur Grundlage der Mitgliederdiskussion macht. Damit wird der Willensbildungsprozeß von Anfang an auf das vom geschäftsführenden Hauptvorstand gewünschte Ziel ausgerichtet. Die Aktivität der Mitglieder wird eingeschränkt und ihr tatsächlicher Wille verfälscht.

Das sieht man in den Bereichen, in denen fortschrittliche Gewerkschaftler die Entschließungen 203 und 367 des 8. Gewerkschaftstages nutzen, eine breite Diskussion entfalten und eigene Vorstellungen über die Forderungen bei den Tarifverhandlungen entwickeln. Dabei stellt sich heraus, daß die Forderung nach einem einheitlichen Festgeldbetrag für alle auch auf Grund des schwer durchschaubaren Eingruppierungswirrwarrs immer populärer wird.

Dazu eine kleine Auswahl der aufgestellten Forderungen:

- Im Klinikum Essen wurde eine Festgeldforderung von 250 DM aufgestellt;
- In Herne haben sich bei einer Unterschriftenaktion 200 Beschäftigte der Stadtverwaltung für 180 DM Festgeld zuzüglich 400 DM Urlaubsgeld ausgesprochen;
- In der Stadtverwaltung Dortmund lautet die Forderung ebenfalls 180 DM zuzüglich 400 DM Urlaubsgeld für alle;
- in Schwerte: mindestens 7,5 Prozent, mindestens 170 DM.
- Die Arbeiterwohlfahrt in Dortmund fordert 200 DM für alle, die Städtischen Kliniken einen Sockelbetrag von 100 DM zuzüglich 4 Prozent, was ein Gesamtvolumen von über 180 DM ausmacht.

Umfragen von VLKs haben ergeben, daß sich über 60 Prozent der Befragten für einen einheitlichen Festbetrag ausgesprochen haben, dagegen nur ca. 10 Prozent für eine reine Prozentforderung.

Am 21. Februar 1979 tagt in Stuttgart die große Tarifkommission der ÖTV, um endgültig über die Forderungen zu beschließen. Jetzt kommt es für alle darauf an, ihren Protest in Resolutionen, Telegrammen und Anrufen an die große Tarifkommission gegen die verräterische 6,5-Prozent-Empfehlung zu äußern, damit die Empfehlung dort landet, wo sie hingehört: im Papierkorb.

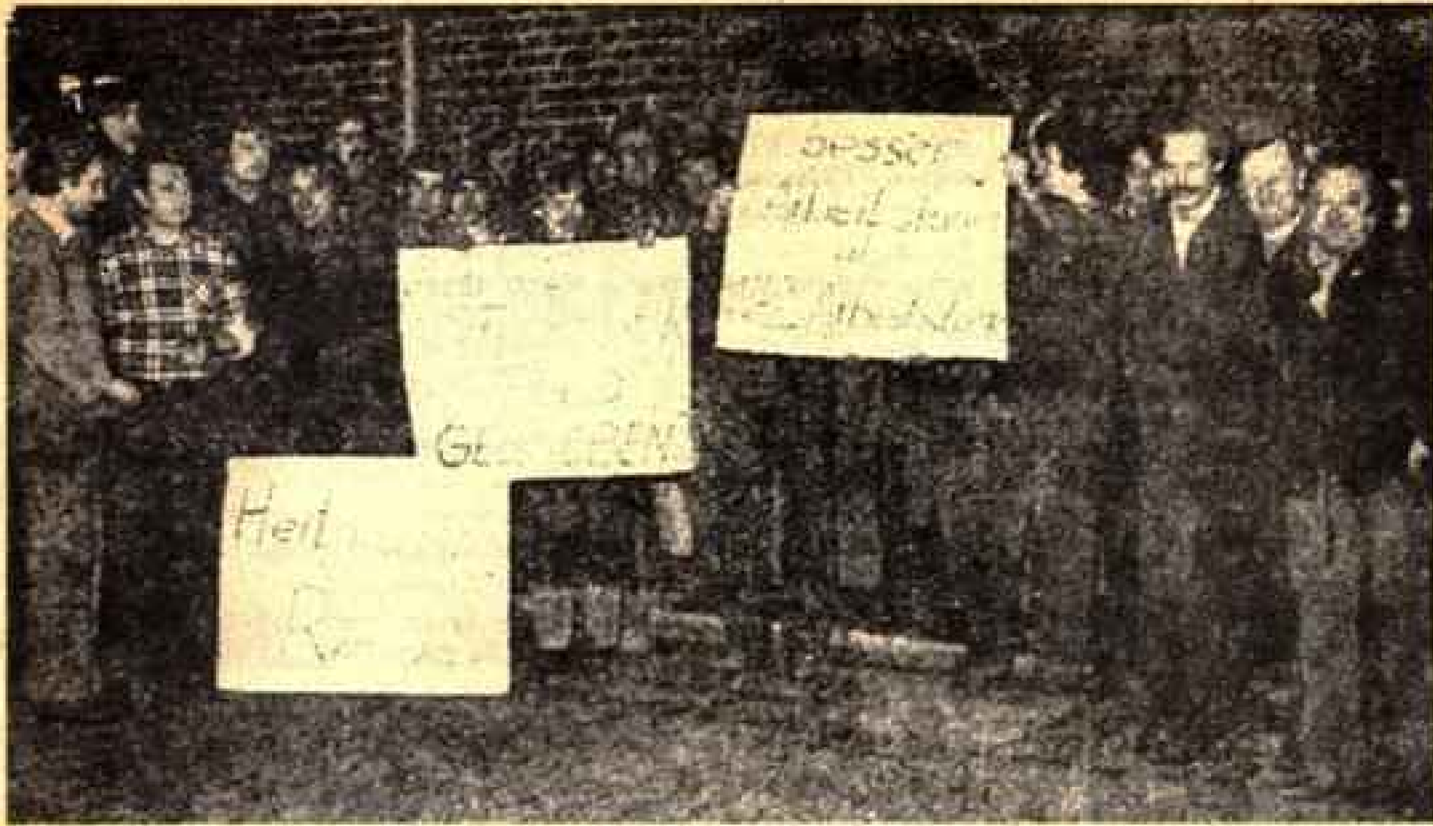
ÖTV-Kreisvorstand verweigert Bestätigung gewählter Vertrauensleute

Der ÖTV-Kreisvorstand hat den am 6. 12. 1978 gewählten Vertrauensleuten aus der Deutschen Bibliothek in Frankfurt die Bestätigung verweigert. Der Grund: Die ÖTV-Betriebsgruppe in der Deutschen Bibliothek hat in verschiedenen Fragen eine eigene Meinung vertreten, die im Gegensatz zum Standpunkt der reaktionären Gewerkschaftsführung steht.

Unter anderem hatte sie in einem Leserbrief, der in der „Frankfurter Rundschau" abgedruckt worden war, die Haltung des ÖTV-Hauptvorstands in der Frage der Atomenergie kritisiert.

Die neugewählten Vertrauensleute waren nicht bereit, sich von der bisherigen fortschrittlichen Aktivität der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe zu distanzieren. Deshalb wurde ihre Wahl von den ÖTV-Bonzen nicht bestätigt. Die Bonzen in der ÖTV-Kreisverwaltung hatten sogar mit der Auflösung des Vertrauensleutekörpers und der Einleitung von Ausschlußverfahren gegen die Sprecher der Betriebsgruppe gedroht.

Davor schreckten sie dann allerdings zurück, weil eine derartig brutale Unterdrückung der innergewerkschaftlichen Demokratie angesichts der anstehenden bundesweiten Vertrauensleutewahlen zu viel Staub aufgewirbelt hätte.



Die Belegschaft des Herner Kompressorenwerkes Flottmann hat die Arbeit niedergelegt. Mit Plakaten haben sich die Kollegen vor dem Werkstor aufgestellt. Sie demonstrieren gegen die drohende Schließung und den Abriß des Werkes. Durch trübe Geschäfte und Grundstücksspekulation sind sie von Arbeitslosigkeit bedroht. Die Kollegen fordern, daß der Geschäftsführer des Unternehmens, Rechtsanwalt Heitmann, abtritt, weil er den Ausverkauf des Werkes betreibt. Die Parolen auf den Plakaten lauten: „Besser 1 Arbeitsloser als 172 Arbeitslose" — „Wo ist unser Geld geblieben?" — „Heitmann raus!"

Arbeiter fordern:
„Der Boß muß gehn!"

Am Montag vergangener Woche legten die 172 Beschäftigten in dem Herner Kompressorenwerk Flottmann die Arbeit nieder. Sie kämpfen für den Erhalt der Fabrik und ihrer Arbeitsplätze und fordern den Abtritt des Geschäftsführers, Rechtsanwalt Heitmann.

Offensichtlich bildet eine üble Wirtschaftsgaunerei den Hintergrund für die Bedrohung der Arbeitsplätze bei Flottmann. Und in die äußerst trüben Geschäfte scheint der jetzige Boß des Kompressorenwerks, Rechtsanwalt Heitmann, nicht allein verwickelt zu sein, sondern auch gewisse offizielle Stellen der Stadt Herne. Das jedenfalls sind Mutmaßungen, die in Herne angestellt werden. Fest steht, daß hier Grundstücksspekulation mit im Spiel ist.

Im Herbst 1977 drohte dem traditionsreichen Werk bereits die Stillegung. Altbesitzer Flottmann schien mit dem Unternehmen vor dem Ruin zu stehen. Die Belegschaft war bereits von über 600 auf 133 geschrumpft. Ein bedenklicher Schuldenberg lastete auf der Firma. In einem Übergabevertrag überließ Flottmann nun den Rechtsanwälten Heitmann und Burkhard (der wenig später starb) die Führung des Unternehmens. Sie sollten es als Interimsgesellschafter — so war es schriftlich vereinbart — sanieren und dann Interessenten finden, denen die Anteile endgültig übertragen werden sollten. Heitmann jedoch hat sich die Firma auf trübe Weise selbst unter den Nagel gerissen. Ihm geht es nicht um Sanierung, sondern darum, für sich möglichst viel Geld herauszuholen.

Zwar begann das Unternehmen im vergangenen Jahr wieder zu florieren. Der Umsatz stieg auf 20 Millionen Mark, und die Belegschaft erhöhte sich auf 172 Beschäftigte. Trotzdem aber wurden Löhne und Gehälter nur unregelmäßig gezahlt. Die Angst vor der Schließung der Kompressorenfabrik wich nicht von der Belegschaft. Dem Betriebsrat kamen schließlich Unterlagen in die Hände, die äußerst seltsame Machenschaften des Herren Heitmann erkennen und zudem das Schlimmste für die Arbeitsplätze der Belegschaft befürchten ließen.

Aus den Unterlagen geht hervor, daß Heitmann den Gesellschaftervertrag so geändert hat, daß er, ohne einen Pfennig zu bezahlen, in den Besitz von Firmenanteilen gekommen ist. Ferner hat er über Scheinfirmen dunkle Geschäfte, unter anderem spekulative Grundstücksgeschäfte, betrieben. Gegenüber der Victoria-Versicherung hat Heitmann in einem Schuldvertrag als Pfand zugesichert, daß die Fabrik in drei bis vier Jahren abgerissen und an ihrer Stelle Wohnhäuser errichtet werden sollen. Heitmann hat, statt zu sanieren, den Ausverkauf des Werkes betrieben.

Die Belegschaft jedoch will dieses schmutzige Spiel nicht hinnehmen. Sie forderte ultimativ den Abtritt des Firmenchefs. „Lieber ein Arbeitsloser als 172", meinen die Kollegen ironisch. Heitmann jedoch denkt nicht daran, sich seine fetten Geschäfte vermasseln zu lassen. Und in unserem kapitalistischen Staat ist ja in dieser Beziehung allerhand möglich! So stellte „Ehrenmann" Heitmann gegen die Wortführer der Belegschaft Strafanzeige wegen „Verleumdung". Die Streikdrohung der Belegschaft, die um ihre nackte Existenz kämpft, bezeichnete dieser Halsabschneider als „Nötigung" (er muß es ja wissen, er ist schließlich Rechtsanwalt!).

Am Montag warfen die Kollegen bei Flottmann die Brocken hin. Sie streikten bis Mittwoch. Mit Plakaten demonstrierten sie vor dem Werkstor für ihre Forderungen: Heitmann muß weg, und die Arbeitsplätze müssen gesichert werden. Wer ihren gerechten Kampf **nicht** unterstützt, das sind wieder einmal die Bonzen des IG-Metall-Apparats. Dies sei ein „wilder Arbeitskampf", behauptet IGM-Bevollmächtigter Berkenhoff. Die Flottmann-Arbeiter jedoch sind trotzdem entschlossen, am Montag erneut die Brocken hinzuwerfen, falls bis dahin ihre Forderungen nicht erfüllt sind.

Lohnsteuer auf Trinkgelder
Räuber Staat

Den Monopolkapitalisten werden Millionen und Milliarden an Steuern erlassen. Die Werktätigen hingegen werden vom Bonner Staat an allen Ecken und Enden ausgeplündert. Neuerdings sollen auch noch Friseuren, Kellnern, Krankenschwestern, Postboten und anderen Berufsgruppen Lohnsteuer-Pauschalbeträge auf ihre angeblich hohen Trinkgelder abgezogen werden.

Nach den bestehenden Gesetzen sind lediglich 50 Mark an Trinkgeldern pro Monat steuerfrei. In seinem Bestreben, aus dem arbeitenden Volk ein Maximum an Steuern herauszupressen, damit den Monopolen noch mehr Geld in den Rachen gestopft werden kann, hat Bonn jetzt den neuesten Raubzug auf die Werktätigen gestartet.

„Trinkgelder gehören zum Arbeitslohn", erklärte das Bundesfinanzministerium. Rund 100.000 angestellte Friseure und ebenfalls rund 100.000 Kellner und Serviererinnen, aber auch Möbelpacker, Müllmänner, Krankenschwestern und Handwerker werden vom Staat plötzlich zu Steuerhinterziehern erklärt und zur Kasse gebeten.

Die Methoden, mit denen dabei vorgegangen wird, sind erpresserisch und niederträchtig. Es werden an die Firmeninhaber sogenannte Haftungsbescheide geschickt. Das bedeutet, sie sollen bestimmte Beträge an Lohnsteuern nachzahlen. Begründung: Die Trinkgelder in ihrem Betrieb überstiegen die Freibeträge, sie hätten aber nichts dafür einbehalten und seien deshalb dafür haftbar.

So unterstellten die Steuerprüfer in einem Münchner Friseurbetrieb kurzerhand, das Trinkgeld belaufe sich auf 10 Prozent des Umsatzes und verdonnerten den Firmeninhaber zu 200.000 Mark Lohnsteuernachzahlung. In einem Duisburger Friseurbetrieb erklärten die Prüfer, nach der Lebenserfahrung könne von einem Trinkgeld von einer Mark pro Friseur ausgegangen werden.

Der Staat will auf diese Tour erreichen, daß die Firmeninhaber künftig aus Angst vor Haftungsbescheiden ihren Beschäftigten einen möglichst hohen Betrag als Lohnsteueranteil von angeblich erhaltenen Trinkgeldern einbehalten.

Dieses Vorgehen ist typisch für die räuberische Natur des Bonner Staates. Kein Mittel ist ihm zu schmutzig, wenn es darum geht, die werktätige Bevölkerung auszuplündern. Gleichzeitig hat die Sache aber noch einen anderen Aspekt: Es ist doch ohnedies ein besonders übler Ausfluß des Kapitalismus, daß in bestimmten Berufen kein ausreichender, anständiger Lohn bezahlt wird, sondern Trinkgelder als Einkommensbestandteil der Beschäftigten kalkuliert werden. Dieser unwürdige und reaktionäre Zustand wird jetzt staatlicherseits nicht nur bestätigt, sondern auch noch zementiert.

120.000 Mark für 18 arbeitslose „Leitende"

In einem Beitrag der Regionalsendung „Zwischen Rhein und Weser" im 2. Programm des WDR am 2. Februar 1979 erfuhren die erstaunten Zuhörer, daß sich das Arbeitsamt Bielefeld endlich einer der am schwersten von der Arbeitslosigkeit betroffenen Gruppen angenommen hat: der leitenden Angestellten!

Für 18 von ihnen (in Worten: achtzehn!), die aus der ganzen Bundesrepublik kamen, veranstaltete das Arbeitsamt Bielefeld jetzt einen Fortbildungskursus. Schwerpunkte: Rethorik („Wie rede ich auf Vorstandssitzungen, auf Belegschaftsversammlungen und so weiter?"), persönliches Auftreten („gegenüber Untergebenen, Geschäftspartnern, bei Arbeitsessen und bei Cocktailpartys") und Entscheidungsfreude („Planspiele zu Rationalisierungen, Teilstillegungen usw.").

Durch dieses Managertraining soll den armen arbeitslosen „Leitenden" geholfen werden, bald wieder ihre früheren Einkünfte zu erzielen: im Durchschnitt 70.000 bis 80.000 DM pro Jahr (also 6.000 bis 7.000 DM im Monat).

Der vom Arbeitsamt Bielefeld veranstaltete Kurs kostete 120.000 DM.

In der gleichen Sendung wurden einige Zahlen über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen mitgeteilt. Nach der offiziellen Statistik waren Ende Januar in NRW 340.000 Menschen arbeitslos. Davon 28.000 schon länger als zwei Jahre und 64.000 länger als ein Jahr.

Da habe ich dann mal nachgerechnet. Wenn für die 28.000 Kollegen, die schon seit zwei Jahren keine Arbeit mehr finden, die also schon seit einem Jahr von der Arbeitslosenhilfe leben müssen, genausoviel Geld für Umschulungs- oder Fortbildungskurse ausgegeben würde wie für die 18 Manager, wären das 186 Milliarden und 666 Millionen DM.

Und für die 64.000 Arbeitslosen, die schon seit einem Jahr auf der Straße stehen, würde das rund 427 Milliarden DM ausmachen.

Kommentar überflüssig.

Belegschaft zum Lohnverzicht erpreßt

Die 650 Beschäftigten der Braunschweiger Luther-Werke müßten jetzt normalerweise die 4,3 Prozent mehr Lohn bekommen, die von der IGM-Führung gemäß dem Hessen-Modell auch für Niedersachsen vereinbart wurden. Aber sie sollen in diesem Jahr keinen Pfennig Lohnerhöhung erhalten.

Die Luther-Bosse haben die Belegschaft erpreßt: Wenn keine Lohnverzichtserklärung abgegeben würde, werde das Unternehmen Pleite machen.

Die Angst um den Arbeitsplatz wurde in der Belegschaft unter anderem dadurch geschürt, daß im Dezember letzten Jahres zunächst die Auszahlung der Löhne verzögert wurde. Gleichzeitig lag die Drohung im Raum: Wer die Erklärung auf „freiwilligen Verzicht" auf eine Lohnerhöhung nicht unterschreibt, wird auf die schwarze Liste gesetzt. Auf diese Weise gelang es der Werksleitung, von 90 Prozent der Belegschaft die Unterschrift zu erpressen.

Es muß allerdings auch gesagt werden: Wenn die IG-Metall-Bonzen in Braunschweig dabei nicht tatenlos zugesehen hätten, so hätten sich die Luther-Bosse eine derartige Schweinerei niemals erlauben können.

Die niedersächsische Landesregierung — weit davon entfernt, gegen solche kriminelle Praktiken einzuschreiten — war begeistert über den „freiwilligen" Lohnverzicht. Der Firma wurde ein landesverbürgter Betriebsmittelkredit von 5 Millionen Mark gewährt. Die Wirtschaftsministerin Birgit Breuel betonte dazu ausdrücklich, die Lohnverzichtserklärung habe sich positiv auf die diesbezügliche Entscheidung der Landesregierung ausgewirkt.

Hier zeigt sich wieder einmal, mit welcher Skrupellosigkeit die Kapitalisten in der Wirtschaftskrise die Furcht der Arbeiter vor dem Gespenst der Arbeitslosigkeit ausnutzen. Allerdings: Was bei den Luther-Werken in Braunschweig gelaufen ist, ist gesetzwidrig. Das Tarifvertragsgesetz verbietet solche Lohnverzichtserklärungen. Ob die Minister in Hannover das wohl übersehen haben?

Die Ansichten des Herrn Hauenschildt

Auf einem „Wirtschaftsforum" der „Süddeutschen Zeitung" diskutierte als Gewerkschaftsvertreter der Chef der IG Chemie-Papier-Keramik, Hauenschildt, mit. Die Standpunkte, die Hauenschildt dabei vertrat, entlarven ihn als üblen Arbeiterfeind und Handlanger der Chemiebarone.

Zur Lohnrunde 1979 meinte Hauenschildt, sie sei im wesentlichen bereits gelaufen. Nach den „wirtschaftlich vernünftigen" Abschlüssen in der Stahl- und Metallindustrie seien von den noch anstehenden Verhandlungen „dramatische Veränderungen kaum mehr zu erwarten".

Die Lohnraubabschlüsse bei Stahl und Metall (4 Prozent bei 15 Monaten bzw. 4,3 Prozent bei 13 Monaten Laufzeit) bedeuten für die Arbeiter und kleinen Angestellten, daß ihr Lebensstandard sinkt. Denn sie gleichen — das weiß auch Hauenschildt — nicht einmal die Verteuerung der Lebenshaltungskosten aus.

Die IG-Chemie-Führung hat übrigens nicht die Spur einer Diskussion über die Forderungen bei der diesjährigen Tarifrunde in Betrieb und Gewerkschaft geführt. Die Mitglieder werden nach ihrer Meinung nicht gefragt. Wozu auch? Für Hauenschildt ist ja ohnedies schon alles gelaufen. Für ihn ist es genauso selbstverständlich, wie für die Kapitalisten selbst, daß die Arbeiter sich den Gürtel enger schnallen sollen. Die Tarifverhandlungen zwischen Gewerkschaftsführern und Chemiebaronen sind unter solchen Umständen doch nichts weiter als ein Feilschen um das eine oder andere Zehntelprozent über oder unter einer bereits festgelegten Lohnleitlinie.

Herr Hauenschildt nahm auch zu dem angeblichen Mangel an qualifiziertem Personal Stellung, von dem die Unternehmer und ihre Nachbeter jetzt immer reden, weil es ihnen offenbar immer noch zu wenig Arbeitslose gibt. Der IG-Chemie-Vorsitzende meinte dazu, die Unternehmer sollten vermehrt dazu übergehen, „junge Menschen sozusagen auf Vorrat auszubilden". Hauenschildt zerbricht sich wirklich den Kopf der Unternehmer! Ein „Vorrat" an qualifizierten Arbeitskräften kann ja eigentlich nie schaden, selbst wenn er letztlich gar nicht gebraucht wird, oder? Im Falle des Falles ist „die deutsche Wirtschaft" dann wenigstens gut versorgt.

Zur „Lage auf dem Arbeitsmarkt" vertrat Hauenschildt unter anderem den Standpunkt, auch „deutsche Arbeitnehmer" müßten jetzt „umdenken"; sie könnten nicht mehr „darauf vertrauen, ihr ganzes Arbeitsleben lang an **einem** Platz zu verbringen und überdies erwarten, daß dieser auch noch direkt vor ihrer Tür liege". Wirklich — ein sauberer Arbeitervertreter, dieser Herr Hauenschildt! Der Arbeiter soll „umdenken", soll sich willig die Lasten der Krise auf den Rücken wälzen lassen und es als eine Gnade betrachten, überhaupt als Lohnsklave für die Kapitalisten malochen zu dürfen.

Zur 35-Stunden-Woche erklärte der IG-Chemie-Chef, bis sie verwirklicht sei, das werde wohl genauso lange dauern wie die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden. Im übrigen beruhigte Hauenschildt die Unternehmer: „Es ist kein Drama, wenn 38 Stunden in der Woche auf dem Papier stehen, aber 40 Stunden gearbeitet werden."


Dieses Kind hat ein Loch im Herzen, eine offene Wirbelsäule, nur eine Niere, einen gelähmten Unterkörper. Es kann weder Blase noch Darm kontrollieren.

Duogynon/Cumorit muss verboten werden!

Bundesgesundheitsamt deckt Schering-Konzern

Duogynon (heute umbenannt in Cumorit), das Hormonmittel der Firma Schering, das zu 80 Prozent als Schwangerschaftstest eingesetzt wurde und ganz sicher noch wird und zum anderen Teil eine Krankheit behandelt, die es nach medizinischen Lehrbüchern überhaupt nicht gibt, gerät auch hier in der Bundesrepublik immer mehr unter Beschuß. Seit über zehn Jahren stehen der Herstellerfirma Schering Untersuchungen zur Verfügung, die den Verdacht von Mißbildungen des Kindes im Mutterleib in den ersten Monaten der Schwangerschaft nahelegen.

In folgenden Ländern ist Duogynon oder Primodos, wie es in England heißt, bereits verboten oder vom Markt genommen: Finnland, Niederlande, Schweden, England, Irland, Belgien, Italien, Korea, Japan, Sri Lanka, Neuseeland, Portugal, Rhodesien und Australien. In den USA ist jegliche Behandlung mit Hormonpräparaten in der Schwangerschaft seit 1975 verboten.

Aber hier in Westdeutschland und Westberlin läßt Schering noch immer das gleiche verlauten. Bei Untersuchungen handele es sich um „zufälliges Zusammentreffen" von Faktoren, die Studien seien „methodisch anfechtbar" und in ihrem Brief an Ärzte als Information über das Medikament und die Umbenennung in Cumorit im August 1978 schreiben sie: *„In der letzten Zeit wird über einen möglicherweise bestehenden Zusammenhang zwischen der Applikation weiblicher Sexualhormone in der Frühschwangerschaft und dem Auftreten von Mißbildungen diskutiert. Von der ‚Ständigen Kommission Steroidtoxologie' der Deutschen Gesellschaft für Endokrinologie wurde in einer Stellungnahme vom 22. Februar 1978 gesagt, daß dieses Risiko — falls ein solches überhaupt existieren sollte — minimal sein dürfte.*

Die Kommission weist darauf hin, daß es sich bei den dieser Diskussion zugrundeliegenden epidemiologischen Erhebungen um Studien handelt, die viele Fragen unbeantwortet lassen. Nach unserer Auffassung sind die erwähnten epidemiologischen Untersuchungen methodisch anfechtbar. Einen begründeten Mißbildungsverdacht halten wir für nicht gegeben.

Gleichwohl hatten wir uns in Übereinstimmung mit der ‚Ständigen Kommission Steroidtoxologie' entschlossen, im April 1978 einen Druckbrief auszusenden, in dem wir die Ärzte darüber informiert haben, daß nunmehr alle Duogynonformen zur Diagnose einer Schwangerschaft nicht mehr indiziert sind.

Nicht mehr indiziert, ohne Begründung! So daß man weiter davon ausgehen kann, daß es einen Großteil Ärzte gibt, die Duogynon/Cumorit weiter als Schwangerschaftstest verschreiben. Nach Schering sei der Umsatz von Duogynon seit der ersten Veröffentlichung in der Presse um 20 Prozent gesunken. Erwiesenermaßen wurden aber bisher ein Anteil von 80 Prozent als Schwangerschaftstest verwendet.

Weiter also besteht die Gefahr für Tausende von Kindern, mißgebildet auf die Welt zu kommen, die Sorge und die Angst der Eltern. Der massenhafte Umsatz von Duogynon von ca. einer Million Packungen pro Jahr in der Bundesrepublik und Westberlin läßt erwarten, daß die Schädigungen durch dieses Medikament noch wesentlich größer sind als bei Contergan. Immerhin wurde es bereits seit 1953 eingesetzt.

So stellen Eltern eines schwer herzgeschädigten Kindes heute fest, daß das ganze Gerede von Erbschaden oder Schwangerschaftsinfektion völlig unzutreffend ist. Die Mutter hatte Duogynon genommen.

Oder eine andere Mutter, deren achtjähriges Kind einen Klumpfuß hat; sie hatte sich schwere Vorwürfe gemacht, etwas falschgemacht zu haben während der Schwangerschaft. „Vielleicht haben Sie Alkohol getrunken? Haben Sie geraucht? Haben Sie noch weitere solcher Fälle in Ihrer Verwandschaft?" Solche und ähnliche Fragen standen auf der Tagesordnung.

Und dann liest sie in der Presse von Duogynon, das der Arzt ihr gespritzt hat. „Völlig harmlos, und es geht schnell", hatte er gesagt.

Solche Mißbildungen sind in der Regel Erbschäden, bekam eine Mutter zu hören, als sie ein Kind mit zu kurzem Bein und offenem Rückenmark zur Welt brachte. „Mit Duogynon hat das sicher nichts zu tun."

Aber Mißbildungen wie Wasserkopf, Schäden des Herz- und Kreislaufsystems, Mißbildungen an der Wirbelsäule, den Geschlechtsorganen, der Blase oder den Gliedmaßen sowie an Augen und Ohren, Hasenscharten und Wolfsrachen sind typische Duogynonschäden.

In mehreren Städten gründeten sich Initiativen für das Verbot von Duogynon (siehe Kasten). Nach den ersten Hinweisen in der Presse, entschlossen sich in einigen Städten Eltern von geschädigten Kindern oder einfach empörte Frauen, sich zusammenzutun und die Arbeit für das Verbot von Duogynon/Cumorit aufzunehmen.

Die Haltung, daß von Schering nichts an Einsicht zu erwarten ist, daß „man mit denen nicht reden kann", wie die Mutter eines mißgebildeten Kindes sagte, bildet praktisch die Grundlage der Arbeit. Es geht dabei darum, weiter über die Gefährlichkeit dieses Hormonpräparates aufzuklären. **Entweder muß Schering soweit unter Druck gesetzt werden, das Medikament vom Markt zu nehmen, oder das Bundesgesundheitsamt (BGA) muß gezwungen werden, das Mittel zu verbieten.**

So wurde von den Initiativen ein Informationsflugblatt verteilt, das auffordert, sich bei der betreffenden Kontaktadresse zu melden und in der Initiative mitzuarbeiten. Vor allem aufgerufen sind betroffene Eltern. In mehreren Städten werden Unterschriften für das Verbot von Duogynon gesammelt. **Ende 1978 war der Stand über 5.000.**

Vor mehreren Wochen haben die bestehenden Initiativen einen Verein für die Bundesrepublik und Westberlin gegründet, um die einzelnen Aktivitäten besser koordinieren zu können. So kann auch der Prozeß gegen Schering besser vorbereitet und finanziert werden.

Auf die ersten Informationsblätter der Initiativen meldeten sich ca. 700 Elternpaare, deren Kinder nach der Einnahme von Duogynon mißgebildet zur Welt kamen. Obwohl diese Schäden mit Geld überhaupt nicht gutzumachen sind, geht es diesen Eltern darum, von Schering entschädigt zu werden. Dazu wird ein Musterprozeß nötig sein, in dem die Schuld von Schering nachgewiesen wird.

Im November fand in Berlin auf Initiative des im vergangenen Jahr gegründeten Gesundheitsladens (ein Zusammenschluß von Ärzten und medizinischem Personal) eine Veranstaltung mit über 1.000 Besuchern statt, auf der auch Vertreter von Schering und des BGA Rede und Antwort stehen mußten.

War von Schering auch nichts anderes erwartet worden, als daß sie sich arrogant über alle Argumente hinwegsetzten, so bewies das BGA seine Loyalität gegenüber Schering in auffälliger Weise.

Am 12. 10. 78 hatte das BGA schon entschieden, daß das Mittel weiter auf dem Markt bleibt, weil alle Unterlagen nicht schlüssig beweisen würden, daß Duogynon/Cumorit mit Mißbildungen in Zusammenhang steht.

Wobei selbst das Einstellungsurteil im Fall Contergan wesentlich weiter geht: *„Ein ausreichender Schutz des Verbrauchers ist nicht gewährleistet, wenn der Arzneimittelhersteller erst beim Nachweis der schädlichen Nebenwirkung seines Präparates Schutzmaßnahmen ergreift."*

So leistete sich das BGA auf dieser Veranstaltung eine noch unverschämtere Aussage. Weil alle Hormonpräparate — auch die Pille — in ihrer Wirkung auf eine Schwangerschaft nicht ungefährlich seien, könne man doch jetzt nicht ein einziges Medikament verbieten, weil dann die Frauen doch sicher auf andere Mittel ausweichen würden. Mit anderen Worten, die Frauen seien schließlich selber schuld.

Ähnlich war auch die Begründung von Schering für die Umbenennung in Cumorit. Aus reiner Menschenfreundlichkeit läßt man es auf dem Markt, weil eben bei so vielen Frauen Nachfrage besteht.

Allerdings wurde auf dieser Veranstaltung etwas ganz anderes deutlich. Die Firma Schering hatte sich nämlich mit einer Krankheit einen enorm hohen Absatz gesichert, die es überhaupt nicht gibt, die „kurzfristige sekundäre Amenorrhoe" (kurzfristig ausbleibende Regelblutung).

Sekundäre Amenorrhoe liegt nach medizinischen Lehrbüchern (Pschyrembel) vor, wenn die Regelblutung *„nach einer mehr oder weniger langen normalen Zyklustätigkeit länger als vier Monate ausgeblieben ist"*. Das Wörtchen *„kurzfristig"* ist eine absatzfördernde Zusatzbezeichnung von Schering. Denn Duogynon wurde in der Regel schon nach spätestens einem Monat verschrieben. Verantwortungsbewußte Ärzte betonen, das sei keine Behandlung einer Krankheit, sondern das Herumdoktern an Symptomen.

Ein Berliner Arzt wird eine zentrale Erfassungsstelle für die Betroffenen aufbauen, die die Folgen von Duogynon wissenschaftlich untersucht. Das wird sicher bei der Klärung der Schuldfrage und der Schadensersatzforderungen in Prozessen sehr helfen.

Unsere Partei unterstützt alle diese Initiativen und tritt mit ihnen für die Forderungen ein:

Verbot von Duogynony/Cumorit!
Entschädigung aller Betroffenen!
Aufbau von Rehabilitationszentren und Übernahme der Kosten durch Schering!



Wir veröffentlichen als Anregung den Text der Unterschriftenliste der Berliner Initiative:

„Ich trete mit meiner Unterschrift für das Verbot von Duogynon/Cumorit ein und unterstützt hiermit die Klage gegen die Schering AG. Das Bundesgesundheitsamt hat bis jetzt lediglich vor einer Einnahme von Duogynon/Cumorit während der Schwangerschaft gewarnt, obwohl schon seit 1967 bekannt ist, daß die Gefahr von Kindesmißbildungen besteht. In anderen Ländern, u. a. Australien, Korea, Schweden, Belgien und zuletzt in England wurde dieses Hormonpräparat inzwischen aus dem Verkehr gezogen. Wir fordern das Bundesgesundheitsamt auf, die Produktion von Duogynon/Cumorit sofort zu verbieten und aus dem Verkehr zu ziehen. Die „Interessengemeinschaft Duogynon-geschädigte Kinder" sammelt alle Fälle von Kindesmißbildungen, die auf Duogynon zurückzuführen sind, um das tatsächliche Ausmaß der Schädigung festzustellen und dann gegen die Schering AG zu klagen."


André hat schwere Mißbildungen an Blase und Penis.


Domonik ist teilweise gelähmt.


Alf hat eine Gaumenspalte.

Folgende Initiativen sind uns bekannt:

Berlin:
R. Reuthner,
Hussitenstr. 4-5
1 Berlin 65
Tel.: 030/4633877

Bochum:
Birgit Kremeskötter
Westenfelderstr. 8
Tel.: 02327/89798

Hannover:
Horst und Renate Rulfs
Pinnenburgstr. 1
Tel.: 0511/644955

Offenbach:
E. Müller
Neusalzstr. 56
Tel. 0611/844151

GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS!


Die Polizei bei einer Übung mit Maschinengewehren.

Polizeimanöver in der Bundesrepublik:
Proben für den Bürgerkrieg

Die Entführung eines Kapitalisten durch „Terroristen", ähnlich wie die Schleyer-Entführung, das war die angenommene Lage im kürzlich in Rheinland-Pfalz durchgeführten Polizeimanöver „Loreley". Eine Vorbeugemaßnahme gegen den nächsten, in der Presse schon angekündigten Terroristenüberfall? Je öfter die „Terroristen" herhalten müssen für die Manöver des Bonner Gewaltapparats, umso unglaubwürdiger wird diese Begründung.

Daß die sooft beschworenen „Terroristen" nur als Vorwand für die Ausbildung der Polizei als Bürgerkriegstruppe dienen, diesem Eindruck können sich heute immer mehr Menschen nicht entziehen. Einen interessanten Einblick in die Pläne, die Bonn mit der Polizei hegt, bietet das Studium der jeweiligen Manöverlage in den verschiedenen Polizeiübungen.

Beispiel Gorleben. Hier, wo das Entsorgungszentrum für die Atomindustrie entstehen soll, bereitet man sich auf große Demonstrationen der Bevölkerung vor. Neben drei bisher bereitstehenden Abteilungen der niedersächsischen Bereitschaftspolizei in Hannover, Braunschweig und Oldenburg soll eine weitere Abteilung (600 Mann) aufgestellt werden. Außerdem soll der Bundesgrenzschutz eine Abteilung zur Verfügung stellen. Was diese Truppen seit den Kämpfen um Grohnde üben: den Einsatz geschlossener Verbände gegen „Angreifer", sogenannte „Verbandsübungen"! Auf die Frage, ob ein Teil der Polizisten dabei die Aufgabe habe, „Demonstranten" zu spielen, antwortete ein Sprecher des niedersächsischen Innenministeriums: „Selbstverständlich finden die Übungen unter realistischen Bedingungen statt"! „Realistische Bedingungen" — das sind demonstrierende Werktätige!

Nicht erst seit den September-Streiks wird der Kampf gegen die werktätige Bevölkerung geübt. Offen wird in einem Planspiel, das die Zeitschrift „Die Polizei" 1965 veröffentlichte, folgende Manöverlage angenommen: „Am 22. März 1965 kommt es kurz vor Beginn der Frühschicht vor den Werkstoren der ‚Westdeutschen Stahlwerke' (WSW) in der Hauptstraße in A-Stadt zu ernsten Ausschreitungen einer offensichtlich aufgehetzten Menge von 200 bis 300 Streikenden gegen Arbeitswillige, die ihre Arbeit aufnehmen wollen. (...) Diese Nachrichten ... veranlassen den Polizeipräsidenten von A-Stadt, beim Innenministerium seines Landes die Unterstellung der bereits seit wenigen Tagen in Alarmbereitschaft liegenden Bereitschaftspolizei, Abteilung 1, zu beantragen."

Aber was sich da in den Spalten einer Zeitschrift abspielt, ist in den letzten Jahren in vielfältigen Manövern ausprobiert worden, und zwar nicht nur von der Polizei, sondern auch von Einheiten des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr: Im April 1978 probt eine Iserlohner Feldjägereinheit auf der stillgelegten Zeche „Pluto" in Recklinghausen mit Maschinengewehren und Granaten den Sturm auf ein besetztes Zechengelände. Am 23. Mai: Polizeiübung gegen eine Bergarbeitersiedlung im Erftkreis. Am 6. 7. 78 besetzten über 100 Bereitschaftspolizisten, bewaffnet mit MPs, Gewehren und anderen Schußwaffen, das Gelände der stillgelegten Zeche „Sachsen" in Heesen. Am 18. 8. probten Spezialeinsatzkommandos der baden-württembergischen Polizei die Stürmung eines leerstehenden Fabrikgebäudes bei Nürtingen. Eindeutig richten sich diese Übungen gegen die Arbeiterklasse, gegen „Unruhen" bei Streiks usw.

Daß man sich aber auch direkt auf revolutionäre Erhebungen vorbereitet, enthüllte ein Prozeß im Jahre 1971, bei dem zwei Angehörige des Bundesgrenzschutzes dagegen klagten, daß sie wegen einer falschen Lagebeurteilung durch eine Prüfung gefallen waren. Die Lage im Planspiel war gewesen: 60 MP-bewaffnete Rebellen „unter Führung von Berufsrevolutionären" haben sich in einer fiktiven Ortschaft „Fladungen" festgesetzt. 60 BGS-Beamte werden hingeschickt, die aber auch noch an der Flanke vom Feind bedroht werden.

Folgende Lösung erwartete der Taktik-Lehrer von den Lehrgangsteilnehmern: das Dorf umschließen und mit gepanzerten Fahrzeugen hineinfahren. „Wir rollen mit den Fahrzeugen an die einzelnen Häuser, sehen, wie die Lage in den einzelnen Häusern ist, und säubern dann die Häuser." Und auf den Einwand, ob denn nicht die Zivilbevölkerung gefährdet sei, gab ein Vertreter des Bonner Innenministeriums folgende Belehrung: „Sie wissen doch, wie das ist, wenn die Panzer einfahren, dann kommen die Zivilisten und zeigen auf die Häuser, in denen sich nur der Feind befindet. Da kann dann mit der Kanone voll reingehalten werden."

Während Bundesgrenzschutz und Bundeswehr auf ihren Einsatz im Innern ausgebildet weden, wird die Polizei in ihrer Ausrüstung militarisiert. Nach bisher allen verabschiedeten Polizeigesetzen der Länder sollen Maschinengewehre und Handgranaten zur ständigen Ausrüstung der Polizei gehören. Die Polizeidienstvorschriften PDV 201 „Allgemeine Ausbildung" und PDV 211 „Schießausbildung" von 1976 sehen vor, daß jeder Polizist in der Lage ist, mit diesen Waffen umzugehen. Außerdem wurden in der letzten Zeit neue Pistolen mit größerem Kaliber sowie das Armee-Sturmgewehr G 3 bei der Polizei eingeführt. Die MP 5 gehört inzwischen zur Standardausrüstung eines jeden Streifenwagens! Im Februar 1978 brüstete sich die Polizei Bremens damit, pro Tag 1.200 Übungsschüsse zu verfeuern.

Zu diesem perfektionierten Waffensystem kommt noch, daß in fast jedem Manöver das Zusammenspiel der verschiedensten Einheiten und Spezialkommandos von Polizei, BGS und Bundeswehr ausprobiert wird. So wird systematisch der gesamte Gewaltapparat der herrschenden Klasse auf den „Notstand", den Fall der revolutionären Erhebung der werktätigen Massen vorbereitet.


Scharfschützen bei der Übung

Redakteure wehren sich gegen Zensur

Wegen einschneidender Eingriffe in ihre Rundfunk- und Fernseh-Redakteursarbeit wehren sich der Fernsehredakteur Klaus Simon und der Hauptabteilungsleiter Kultur im Hörfunk des Südwestfunks (SWF), Bernhard Rübenach, mit einer Klage vor dem Arbeitsgericht Karlsruhe. Das ist ein richtiger Schritt im Kampf gegen die zunehmende Zensur in den öffentlich-rechtlichen Anstalten.

Seit April 1977 hat der Südwestfunk eine neue Führungsspitze, bestehend aus dem Intendanten Hilf, dem Fernsehdirektor Schmidt sowie dem Hörfunkdirektor Rummel. Diese neue Führungsspitze machte sich einen äußerst autoritären Führungsstil zu eigen. So häuften sich schnell die Fälle, bei denen der Intendant „umstrittene" Programmbeiträge zensierte oder den Redakteuren dreinzureden versuchte. Ein Ausdruck dieses „Führungsstils" war die Nichtverlängerung des Vertrags von Presseschau-Moderator Friedrich Wilhelm Abel. Bei Personalentscheidungen dieser Art werden regelmäßig die Chefredakteure der entsprechenden Bereiche übergangen.

Seit dem 1. Januar 1979 hat nun die SWF-Spitze eine „Strukturreform" am Sender durchgeführt. Diese Strukturänderung läuft auf eine Entmachtung des personellen Mittelbaus zugunsten der Führungsspitze hinaus und bewirkte eine gezielte Kompetenzbeschneidung unbequemer Redakteure. So wurden die drei Programmchefs abgeschafft und ihre Bereiche in acht Hauptabteilungen aufgeteilt. Dadurch wurde zum Beispiel der Hörfunkprogrammchef Bernhard Rübenacher zum Hauptabteilungsleiter Kultur degradiert, und dem Fernsehredakteur Klaus Simon wurde der Bereich Kultur weggenommen.

Insbesondere wehrt sich Simon mit seiner Klage gegen die im November von Fernsehdirektor Schmidt erteilte Auflage, alle schriftlichen Mitteilungen an Mitarbeiter, Programmtermine, Haushaltsmittel und Organisationsfragen betreffend, erst mit der Direktion „abzustimmen". Rübenach will mit seiner Klage die Struktureingriffe und die Zurückstufungen zurückgewiesen haben und verlangt ein Anhörrecht bei Personalentscheidungen.

Für Ende April hat das Gericht einen Kammertermin anberaumt. Ganz sicher wird in den Gerichtssälen letzten Endes kein Urteil gegen die Zensurmaßnahmen in den Medien gefällt werden. Denn, ähnlich wie im Dritten Reich, ist es auch heute ein Bestreben des Staates, die Medien gleichzuschalten. Das darf ihnen nicht gelingen! Die Klage von Simon und Rübenach ist ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die Zensurmaßnahmen bei Rundfunk und Fernsehen!

Antifaschistenprozeß wird wieder aufgenommen

Am 7. Februar führte die Front gegen Reaktion und Faschismus in Hamburg eine Veranstaltung zum 30. Januar durch, zu der 300 Besucher gekommen waren.

Ein Angeklagter des Hamburger Antifaschistenprozesses, eine von Berufsverbot bedrohte Lehrerin sowie ein Betriebsratsmitglied der „Kollegengruppe"-HDW ergriffen das Wort und prangerten die verschiedenen Aspekte der Faschisierung des Bonner Staates an. Die Front kündigte an, daß sie eine breite Kampagne gegen die Verjährung von Naziverbrechen durchführen werde.

Neun Besucher dieser Veranstaltung erklärten ihre Bereitschaft, in der Front gegen Reaktion und Faschismus mitzuarbeiten.

Wenige Tage nach der Veranstaltung wurde bekannt, daß der Ende letzten Jahres geplatzte Antifaschistenprozeß gegen alle Angeklagten wieder aufgenommen werden soll. Als Termin dafür ist der 28. Mai angesetzt. Angesichts der breiten Proteste, die im vergangenen Jahr diesen Prozeß begleiteten, hat es das Gericht nicht gewagt, wieder den sogenannten Staatsschutzsaal zum Ort für die Verhandlungen zu bestimmen. Aber auch wenn jetzt in einem „normalen" Saal getagt werden soll — die Tatsache, daß dieser Schandprozeß gegen neun Antifaschisten wieder aufgenommen wird, ist eine Provokation gegen alle, die einer Wiederbelebung des Faschismus entgegentreten.

Provokation der SEW

Wir berichteten im letzten „Roten Morgen" über die Aktionen westberliner Antifaschisten, die einen Fackelmarsch aus Anlaß der Machtergreifung der Hitler-Faschisten vor 46 Jahren durchgeführt hatten und gegen eine „Siegesfeier" von NPD-Faschisten aufgetreten waren. Während dieser Aktionen hat sich auch eine kleine Gruppe von Provokateuren außerhalb der eigentlichen Demonstration, „betätigt" und Zerstörungen angerichtet. Diese Vorfälle nahm die Zeitung „Wahrheit", Zentralorgan der revisionistischen SEW, zum Anlaß, die gesamten Aktionen der Antifaschisten als „Provokation der Neonazis" hinzustellen! Insbesondere behauptet das SEW-Blatt, daß auf dem U-Bahnhof Mehringdamm, wo Antifaschisten von der Polizei in eine Falle getrieben und brutal zusammengeschlagen worden waren, die „Neonazis" (gemeint sind Antifaschisten) randaliert und das BVG-Personal angegriffen hätten!

Eine derart bodenlose Verdrehung der Tatsachen kann nur als bewußte Provokation der SEW-Führer gegen die breite antifaschistische Bewegung Westdeutschlands und Westberlins verstanden werden. Die „Antifaschistische Front" hat die Herausgeber der SEW-Zeitung aufgefordert, eine Gegendarstellung abzudrucken.

Astrid Proll soll ausgeliefert werden

Ein Londoner Gericht hat jetzt die Auslieferung von Astrid Proll an die Behörden des Bonner Staates beschlossen! Das Gericht lehnte es ab, eine Entscheidung über Astrids Nationalität überhaupt abzuwarten. Damit droht Astrid jetzt in die Fänge des westdeutschen Staates abgeschoben zu werden, obwohl sie nach ihrer Heirat mit einem britischen Bürger eigentlich britische Staatsangehörigkeit besitzt und als solche nicht ausgewiesen werden darf.

Dem 1972 zu zehn Jahren Haft verurteilten Werner Hoppe ist jetzt zum dritten Mal von einem Gutachter die Haftunfähigkeit bescheinigt worden. Hoppe, der seine Strafe ebenfalls wegen „versuchten Totschlags" erhalten hatte, ist seit Mitte vergangenen Jahres auf Grund der erschwerten Haftbedingungen für politische Gefangene schwer erkrankt und zeitweilig bis auf ein Gewicht von unter 50 Kilogramm abgemagert.

Jetzt endlich ist ihm eine Haftunterbrechung zugebilligt worden, da andernfalls der Tod wahrscheinlich gewesen wäre. Er wid jetzt nicht mehr bewacht, aber die Haftunterbrechung ist nur vorübergehend.

Während Prozesse gegen tausendfache KZ-Mörder gar nicht erst eröffnet werden, weil die Angeklagten an irgend einem Wehwehchen leiden, soll Werner Hoppe offensichtlich bis zum letzten Tag seiner Strafe gequält werden. Wir fordern: Endgültige Freilassung von Werner Hoppe!

Gefunden:



Unter dieser Überschrift stehen Plakate, mit denen sich fortschrittliche Kräfte gegen die Bespitzelung durch Verfassungsschutz und politische Polizei zur Wehr setzen. Nachdem auf einem dieser Plakate neulich drei Kriminalbeamte entlarvt worden waren, die sich in Bürgerinitiativen gegen Atomenergie eingeschlichen hatten, konnte sich in Lübeck ein „Wolfgang aus Frankfurt oder so" auf unten stehendem Plakat wiedererkennen. „Wolfgang" wird sich wohl einen neuen Job suchen müssen.

Polizei-Arbeitstagung

Verschiedene Organisationen und Initiativen sowie Einzelpersönlichkeiten, die über die politische Entwicklung in der Bundesrepublik besorgt sind, haben zu einer **„Arbeitstagung über Polizeimaßnahmen, Polizeientwicklung und Polizeigesetzgebung"** aufgerufen. Die Tagung findet am Samstag, den 17. Februar 1979, ab 14 Uhr, und am Sonntag, den 18. Februar 1979, ab 9.30 Uhr bis 14 Uhr in der Evangelischen Studentengemeinde Mainz, am Gosenheimer Spieß 1, 6500 Mainz, statt. Anmeldungen an: ESG-Mainz AG IS, Am Gosenheimer Spieß 1, 6500 Mainz 1, Tel.: 06131 / 31 078, werktags 9-13 und 17-22 Uhr.



Versammlung der Arbeiter der Bremer Weserwerft am 28. November 1918 (zeitgenössische Zeichnung). Die Werftarbeiter spielten eine treibende Rolle bei den revolutionären Ereignissen 1918/19 in Bremen.



Notiz der Nachrichtenstelle der Reichsregierung für den Staatssekretär des Reichsamtes des Innern vom 7. November 1918: „... Die rote Fahne weht auf den Polizeiwachen. Heute wird Arbeiterrat gebildet. Seit heute mittag ruht die Arbeit..."

An die Bevölkerung Bremens!

Soldaten, Arbeiter, Parteigenossen!

Was hat sich ereignet? Nichts geringeres als eine Revolution. Ihr Produkt sind die Arbeiter- und Soldatenräte.

Über die Aufgabe der Räte kann kein Zweifel sein:

Ausbreitung, Sicherung und Vertiefung der Revolution. Die ganze Macht in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte. Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und damit Aufhebung jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse. Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft.

Das ist das Programm der Arbeiter- und Soldatenräte. Jeder, der es durchführen helfen will, ist willkommen. Jedem, der es bekämpft, werden wir rücksichtslos zu begegnen wissen. Einerlei, wo er stehen mag.

Soldaten, Arbeiter, Parteigenossen! Männer u. Frauen!

Die Stunde der Befreiung hat geschlagen. Jetzt nutzt sie! Ein Zurück gibt es nicht.

Vorwärts also!

Bremen, den 9. November 1918

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Aufruf des Arbeiter- und Sodatenrates Bremen vom 9. November 1918: „... Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft. Das ist das Programm der Arbeiter- und Soldatenräte... Jedem, der es bekämpft, werden wir rücksichtslos zu begegnen wissen."

Der Kampf um das rote Bremen

Zum 60jährigen Gedenken an die Räterepublik

Volkskorrespondenz aus Bremen

Doch es kommt eine Zeit, wo das Volk erwacht!
Es reckt sich empor zu siegender Macht!
So ruht denn ihr Brüder!
Edel und groß, habt ihr für uns euch geopfert.

Mit diesem Vierzeiler beginnt in der „Arbeiterzeitung" ein Artikel zum Gedenken der Gefallenen der Bremer Räterepublik. Es war eine der letzten Nummern der Bremer KPD-Zeitung, die am 4./5. Februar 1933 noch einmal an den Kampf der Bremer Arbeiter und Soldaten vom 4. Februar 1919 erinnern konnte. Kurz danach wurde die Zeitung von den Faschisten verboten.

Die Wahl der Arbeiter- und Soldatenräte

Am 6. November 1918 begann es. Rote Matrosen aus Kiel und ein Transport gefangener Matrosen, die sich geweigert hatten, in den letzten Kriegstagen als Kanonenfutter verheizt zu werden, verbrüderten sich mit den Soldaten der Bremer Kaserne. Die alten Befehlshaber wurden abgesetzt, politische Militärgefangene freigelassen und ein 30 Mann starker Soldatenrat gewählt.

Nach den Hungerjahren des Krieges herrschte in der Bremer Arbeiterklasse eine breite revolutionäre Strömung. Die Militärrevolte wirkte wie ein Signal. Am Morgen des 7. November wurden in den Betrieben die Vertreter des 180köpfigen Arbeiterrats gewählt. An diesem Tag sah Bremen einen der gewaltigsten Aufmärsche der Arbeiterklassen. Vor allem die AGW-Werftarbeiter gingen voran. Während auf den Helgen der AGW die rote Fahne wehte, demonstrierten die Arbeiter auf dem Marktplatz gegen das verhaßte Kriegsregime, gegen das diskriminierende Klassenwahlrecht, für politische Freiheitsrechte, für die Freilassung der politischen Gefangenen, für Brot und Frieden. Unter dem Druck der Massen mußte der Balkon des Rathauses den Sprechern der Arbeiter und Soldaten zur Verfügung gestellt werden.

Die konsequentesten Forderungen vertraten die Bremer Linksradikalen, die sich später, am 31. 12. 18, der KPD anschlossen. Sie wollten eine Räterepublik nach russischem Vorbild, forderten die Nationalisierung der Schlüsselindustrien, der Banken, des Großgrundbesitzes und vor allem die Bewaffnung der Arbeiterklasse. Besonders unter den Werftarbeitern hatten die Linksradikalen viele Anhänger.

Die Forderung nach Bewaffnung konnte aufgrund der ablehnenden Haltung der SPD-Vertreter und der schwankenden Haltung der USPDler im Arbeiter- und Soldatenrat erst kurz vor dem 21. 12. 18 teilweise verwirklicht werden. Das Bürgertum hatte auf die zurückkehrenden Regimenter, besonders auf das reaktionäre Regiment Nr. 75 gehofft, es sollte den „Rätespuk" mit Gewalt beenden. Die Arbeiter setzten eine teilweise Bewaffnung durch. Am 21. 12. gelang es dann einem Trupp revolutionärer Arbeiter, die „75er", die sich in einer Schule in der Kornstraße einquartiert hatten, im Handstreich zu entwaffnen.

Die anderen Forderungen konnten auch nicht im Ansatz verwirklicht werden. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat in den Wochen seiner Tätigkeit versucht, die größte materielle Not zu lindern, die Versorgungssätze zu erhöhen, Lebensmittel auszugeben. Innerhalb seiner Reihen verstärkten sich die Differenzen zwischen den SPD-Vertretern und den Linken. Von vornherein strebten die SPD-Leute eine Verständigung mit den alten Gewalten an. Sie wollten sich auf die alte Verwaltung stützen und in Übereinstimmung mit der Reichsregierung die Wahlen zur Nationalversammlung vorbereiten. Für die am 6. Januar stattfindenden Neuwahlen der Räte konnten die SPD-Vertreter eine Klausel durchsetzen, nach der neben den Arbeiterinnen und Arbeitern aus den Betrieben auch die Mitglieder der drei Arbeiterparteien (SPD, USPD und KPD) wahlberechtigt seien. Eine großangelegte Wahlmanipulation begann. Die SPD nahm in kürzester Zeit viele neue Mitglieder aus dem Bürgertum und vor allem aus der Verwaltung auf, so daß sie die meisten Mandate erhalten konnte. Immer mehr Arbeiter durchschauten diese Taktik, gingen auf die Straße und forderten die Errichtung der Räterepublik.

Die Proklamierung der Bremer Räterepublik

Am Nachmittag des 10. Januar demonstrierten Arbeitermassen und viele Jugendliche auf dem Marktplatz unter roten Fahnen für die Räterepublik. Sie trugen Schilder mit Aufschriften wie „Hoch Liebknecht", „Nieder mit Ebert-Scheidemann", „Hoch die proletarische Diktatur", „Nieder mit Senat und Bürgerschaft". Sie forderten die Entfernung der SPD-Vertreter aus den Räten und endlich die Macht in den Händen der Arbeiter. Eine Delegation wurde vom im Rathaus tagenden Aktionsausschuß empfangen, und kurze Zeit später wurde vom Balkon des Rathauses aus die sozialistische Republik Bremen proklamiert. Die demonstrierenden Arbeiter stimmten begeistert zu. Die noch bestehende Macht des alten Senats und der Bürgerschaft sollte völlig ausgeschaltet, die „Mehrheitssozialisten" (SPD) aus dem Arbeiterrat entfernt, das Bürgertum entwaffnet, die Arbeiterklasse bewaffnet werden. Ein Telegramm wurde nach Berlin an die Ebert-Scheidemann-Regierung geschickt: sie solle endlich verschwinden, hieß es darin. Die im Arbeiterrat verbliebenen KPD- und USPD-Vertreter wählten aus ihren Reihen den Rat der Volksbeauftragten, die neue Regierung Bremens.

Die Schwächen der jungen Räterepublik

Doch die entscheidenden Fragen, die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung, die Bewaffnung der Arbeiterklasse, waren nicht gelöst. Die meisten USPD-Vertreter stimmten im Arbeiter- und Soldatenrat für die Beteiligung an den Wahlen, entgegen dem Beschluß des Rats der Volksbeauftragten. Vertreter des Soldatenrats weigerten sich, die Arbeiterklasse zu bewaffnen, die Kommunisten konnten eine personelle Veränderung des Soldatenrats nicht durchsetzen.

Als am 16. Januar die Banken der Räteregierung jeglichen Kredit kündigten, gab der Arbeiter- und Soldatenrat mit den Stimmen vieler USPDler eine Zusicherung zur Wahl einer Bremer Volksvertretung nach dem Muster der Wahlen zur Nationalversammlung ab. In den letzten Januartagen zeigte sich die Schwäche der jungen Räterepublik mit aller Deutlichkeit. Es gab keine einheitliche Führung in der Arbeiterklasse. Die junge, unerfahrene KPD konnte diese Aufgabe noch nicht übernehmen. Zwar versuchten unter ihrer Führung, bewaffnete Arbeiter am 20. und 21. Januar endlich die Waffen der Bremer Garnison in ihre Verfügungsgewalt zu bekommen und die Goldvorräte der Banken zu beschlagnahmen, doch weil die entschieden revolutionären Kräfte noch verhältnismäßig schwach waren, konnte das nicht gelingen.

Viele USPDler wurden immer schwankender, sie begannen auf eine „sozialistische" Mehrheit bei den Wahlen zur Nationalversammlung zu hoffen und verließen zunehmend die Positionen der Räterepublik. Vor den Toren Bremens marschierten unterdessen die Truppen der Konterrevolution auf. Die Mehrheit der Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats wich zurück, sie veröffentlichten am 28. Januar eine Verordnung über die Wahlen zur Bremischen Volksvertretung, als Wahltermin wurde der 2. März festgelegt.

Trotz der nachgiebigen, zurückweichenden Haltung vieler USPDler, trotz ihres Bemühens, den Einmarsch der weißgardistischen Truppen um jeden Preis zu verhindern, trotz der Versuche einiger SPDler, den Angriff abzuwenden, ließ Noske am 4. Februar die Truppen der Reaktion angreifen.

Der Kampf der roten Verteidiger Bremens

Am 4. Februar zerschossen die weißgardistischen Truppen der Division Gerstenberg und des Freicorps Caspari die Hoffnung Zigtausender Bremer Arbeiterfamilien, mit dem Aufbau eines besseren, friedlichen Lebens beginnen zu können.

29 Arbeiter und Soldaten mußten ihr Leben lassen.

Die weißen Truppen hatten alles: schwere Artillerie, Granaten, Minenwerfer, allein 160 Minen feuerten sie an diesem Tag auf unsere Stadt. Die Verteidiger hatten nur Gewehre und ein paar Maschinengewehre, die gerade dazu ausreichten, die beiden Brücken und die wichtigsten Straßenübergänge zu schützen.

In den Morgenstunden begannen die weißen Truppen zunächst in Horn und dann von allen Seiten die Stadt anzugreifen. Sie hatten ortskundige Führer, ehemalige Offiziere und Anhänger der Reaktion waren in den Tagen zuvor zu ihnen übergelaufen. In der „Arbeiterzeitung" heißt es:

„Um 10 Uhr setzte der Angriff mit voller Wucht in der Neustadt ein. Eine Barrikade am Buntertorsteinweg, die bis zum letzten Augenblick tapfer verteidigt wurde, wurde mit Minenfeuer beseitigt. Gegen 11 Uhr waren die Weißgardisten bis zu den Weserbrücken vorgedrungen. Hier zeigte sich die Tapferkeit der revolutionären Verteidiger in ihrer vollsten Größe. Unter dem Hagel von Granaten und Minen wurden stundenlang die Brückenübergänge gehalten. Auf dem Gebäude der Weingroßhandlung Kapft (an der großen Weserbrücke) bediente ein roter Matrose sein Maschinengewehr. Fünfmal setzten die konterrevolutionären Truppen zum Sturm über die Brücke an. Fünfmal wurden sie zurückgeschlagen . . . Ungeachtet der Granaten- und Mineneinschläge harrte der tapfere Soldat der proletarischen Revolution aus, bis die letzte Patrone verschossen war. Ein heftiger Kampf tobte bis weit in die Abendstunden um die Kaiserbrücke (heute große Weserbrücke). Es wurde den Bourgeoisiesöhnchen und ihren Offizieren nicht leichtgemacht, das rote Bremen zu nehmen.

In den Spätnachmittagsstunden hatte eine Abteilung der Weißgardisten nach heftigen Kämpfen von Ostertor (andere Seite der Weser) kommend den Marktplatz erreicht. Das Spießertum und die hohe Geistlichkeit ließen sofort die ‚Siegesglocken' im Dom läuten. Aber in das Geläute der Konterrevolution knatterten noch immer die Gewehrschüsse der roten Soldaten und des revolutionären Proletariats."

„Wer hat uns verraten . . .?

Nachdem die Ebert-Scheidemann-Noske-Regierung den revolutionären Ansturm des Berliner Proletariats zerschlagen hatte und während in den Berliner Arbeitervierteln unter ihrem Schutz der weiße Terror noch immer wütete, fiel das rote Bremen. Und die Hauptverantwortlichen hatten hier wie dort die gleichen Parteibücher, die der SPD. Der „Bluthund" Noske rechtfertigte das brutale Vorgehen der Soldateska und seines SPD-Kollegen Deichmann, des späteren Bürgermeisters der Stadt: „Unser Bremer Kollege Deichmann war während der ganzen Aktion beim Stabe der Division Gerstenberg, die nichts getan hat, was er nicht für notwendig erklärte."

Und der Bremer SPD-Führer Winkelmann, ebenfalls Mitglied der eingesetzten provisorischen Regierung, bedankte sich bei den weißen Mördern: „Nach alledem, werte Soldaten, können wir es mit Recht für uns in Anspruch nehmen, vollkommen schuldlos zu sein an dem geschehenen Blutvergießen. Das Bestreben der heutigen Regierung ist nun auf einen neuen Aufbau gerichtet und sie [die provisorische SPD-Regierung] spricht Ihnen ihren Dank dafür aus, daß Sie geholfen haben, die Grundmauern zu legen. Dieser Dank kommt von Herzen, möge er auch zu Herzen gehen — nochmals herzlichen Dank."

So kurz die Geschichte der Bremer Räterepublik auch war, die fortschrittlichen und revolutionären Menschen unserer Stadt werden weder ihre Helden, wie zum Beispiel den unbekannten MG-Schützen auf der Weserbrücke, noch ihre Verräter vergessen.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

Name: ....

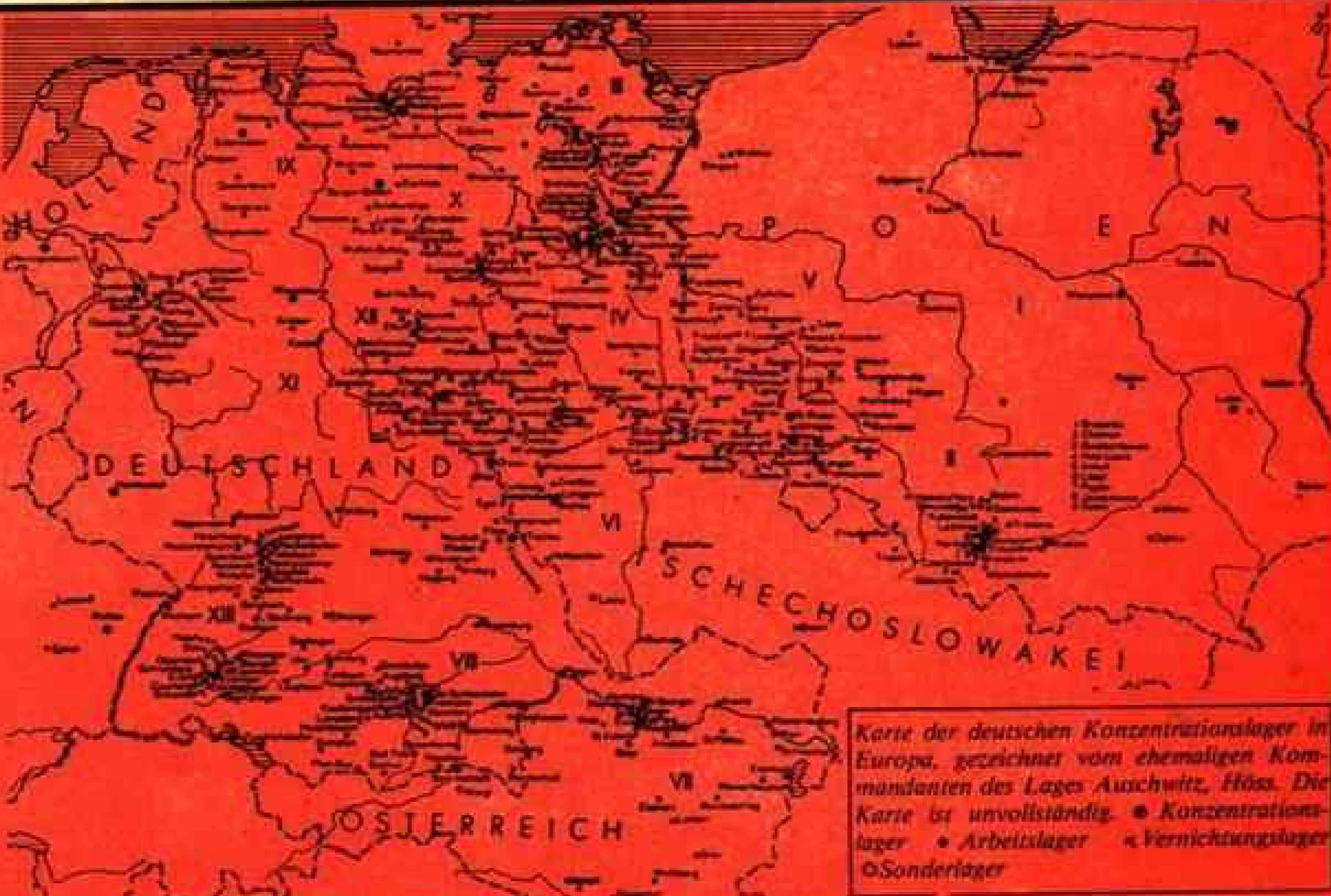
Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

In der Diskussion über die Fernsehserie „Holocaust" meldete sich jüngst auch der Siemens-Konzern zu Wort. Ein Sprecher des Unternehmens stellte mit aller Entschiedenheit fest, der Konzern habe nichts, aber auch gar nichts, mit der Verfolgung und Vernichtung der Juden unter der faschistischen Diktatur zu tun. Ein solches ungefragt abgegebenes Dementi muß verblüffen.



Karte der deutschen Konzentrationslager in Europa, gezeichnet vom ehemaligen Kommandanten des Lages Auschwitz, Höss. Die Karte ist unvollständig. ● Konzentrationslager • Arbeitslager ☆ Vernichtungslager ○ Sonderlager

Diskussion über „Holocaust"

Der KZ-Staat

Wer „Holocaust" gesehen hat, wer die unerträglichen Anschlußdiskussionen verfolgte, wie wäre der auf den Gedanken gekommen, ein so großes und erfolgreiches Unternehmen wie Siemens mit der Kristallnacht und Auschwitz, mit der fabrikmäßigen Massenvernichtung der Juden in Verbindung zu bringen? Der Film ließ die barbarischen Terrororgien der Nazis als das finstere Werk menschlicher Bestien vom Schlage eines Dorf erscheinen. Die Herren Experten drehten und wendeten die Sache so lange, bis auch nur dies herauskam: Auschwitz wäre die Folge eines schier unerklärlichen krankhaften Judenhasses der Nazis, ein logisch nicht zu erfassender Wahnsinn, der sozusagen außerhalb aller geschichtlichen und gesellschaftlichen Bedingungen stünde.

Und jetzt sieht Siemens sich bemüßigt, seine Mittäterschaft zu bestreiten. Sollte es doch ganz anders gewesen sein, als es uns die „Experten" erzählten? Es war anders. Das System der Konzentrationslager, das wie ein mörderisches Spinnennetz erst Deutschland, dann halb Europa überzog, war der blutigste und grausamste Ausdruck der faschistischen Diktatur. Aber er war keine Randerscheinung, sondern ein fester Bestandteil des Faschismus. Nicht der Befriedigung der krankhaften Mordlust einzelner Nazi-Bestien diente dieses System, sondern den weitreichenden verbrecherischen Zielen, die sich das deutsche Monopolkapital mit der Errichtung der offen terroristischen Diktatur gesteckt hatte. Es diente

- der Isolierung und Vernichtung der Todfeinde der Bourgeoisie, der Kommunisten und der anderen revolutionären Werktätigen,
- der Verbreitung von Angst und Schrecken unter der werktätigen Bevölkerung, um ihren Kampf gegen den Nazi-Staat zu lähmen,
- der Vorbereitung und Durchführung des Raubkrieges, mit dem sich die Monopolherren die Welt untertan machen wollten,
- der Bereitstellung von Millionen völlig entrechteter Arbeitssklaven für die Rüstungskonzerne und die anderen Monopolbetriebe.

„...mit dem Marxismus abrechnen"

Die Errichtung des Systems der Massenvernichtung begann nicht erst — wie es einige „Wissenschaftler" heute glauben machen wollen — mit der Kristallnacht und der danach entfesselten breiten Judenverfolgung. Der Nazi-Führer Goebbels hatte schon 1932 erklärt: „Wenn man uns nicht die Möglichkeit gibt, mit dem Marxismus abzurechnen, dann ist unsere Machtübernahme vollkommen zwecklos." Damit hatte er das erste Ziel dieser Machtübernahme selbst auf einen klaren Begriff gebracht: es ging um die Zerschlagung, die Vernichtung der revolutionären Arbeiterbewegung. Darin sahen die Monopolherren und ihre faschistischen Henkersknechte die Voraussetzung, um das ganze deutsche Volk unter ihre grausame Knute zu bringen, um ihre weitgesteckten Kriegs- und Eroberungspläne zu verwirklichen.

Oberingenieur Max Faust von der IG-Farben-Industrie zeigt dem Reichsführer der SS, Heinrich Himmler, Industrieanlagen in Auschwitz-Monowitz

Unmittelbar nachdem die Thyssen und Krupp Hitler zum Reichskanzler bestellt hatten, begann der gnadenlose Terror gegen die KPD. Zehntausende von Kommunisten wurden schon in den ersten Monaten der Hitler-Diktatur in die KZs und Gestapo-Keller verschleppt. Später folgten andere Antifaschisten, Gewerkschafter, Sozialdemokraten. Im Januar 1936 konnte man im offiziellen Organ der faschistischen Diktatur, dem „Völkischen Beobachter", lesen: „Den größten Stamm der Insassen der Konzentrationslager bilden diejenigen kommunistischen und sonstigen marxistischen Funktionäre, die nach den gemachten Erfahrungen in Freiheit sofort ihren Kampf gegen den Staat wiederaufnehmen würden."

Hinter diesen Zeilen verbirgt sich nicht nur das ganze Ausmaß des Terrors, dem die revolutionären Arbeiter in den Lagern ausgesetzt waren, verbergen sich nicht nur Folter, Hinrichtungen, Hunger und Erniedrigungen. Sie zeigen auch die ganze Furcht der Faschisten vor der Partei, vor dem revolutionären Proletariat, das „nach den gemachten Erfahrungen" den Kampf gegen die Terrorherrschaft niemals aufgegeben hat. Die Antwort der Faschisten darauf war der Befehl zur körperlichen Vernichtung aller, deren sie habhaft werden konnten. Schon 1935 erließ Heydrich eine Anordnung, nach der kein Kommunist mehr aus dem Lager oder aus dem Zuchthaus entlassen werden durfte. Ungezählte Genossen, darunter auch Ernst Thälmann, der Führer der deutschen Arbeiterklasse, wurden Opfer des schrankenlosen Mordterrors der faschistischen Henker. Sie wurden hingemordet im Auftrag der kapitalistischen Blutsauger und Kriegstreiber, die in ihnen zu Recht ihre Todfeinde sahen. Die Schergen des Kapitals konnten Abertausende erhängen, erschlagen und erschießen — aber eines konnte ihnen nicht gelingen: die kommunistische Partei zu erschlagen, den Widerstand gegen die Morddiktatur zu ersticken. (Wir werden im nächsten „Roten Morgen" über den antifaschistischen Kampf berichten.)

Die Freunde des Reichsführers-SS

Das Kommando über die Konzentrationslager hatte die SS. Eigene Mannschaften für die Bewachung dieser Stätten des Grauens wurden herangezüchtet, die sogenannten Totenkopfverbände, die den Zweck ihres blutigen Handwerks schon in ihrem Namen trugen. Nach der Verschmelzung mit der deutschen Polizei wurde die SS immer mehr zur Hauptstütze der Diktatur bei der Niederhaltung der Volksmassen, zur Schaltstelle innerhalb des terroristischen Gewaltapparats. Und die Auftraggeber der Faschisten, die Monopolherren, waren unmittelbar in dieser Schaltstelle vertreten. Sie hatten den sogenannten Freundeskreis des Reichsführers-SS, auch Freundeskreis Himmler genannt, gebildet, um den faschistischen Gewaltapparat direkt und unmittelbar zu kontrollieren und auf ihre Interessen abzustimmen. 36 Namen umfaßt die Liste dieses Freundeskreises. Es sind die Namen der Vertreter der mächtigsten Banken und Industriekonzerne Deutschlands. An zweiter Stelle in der alphabetischen Reihenfolge dieser Liste findet man übrigens den Namen des Rudolf Bingel, Generaldirektor und Vorstandsvorsitzender der Siemens-Schuckert-Werke.

Und noch ein weiteres Wort zum Siemens-Konzern. 1938 begann die SS mit der Reichskristallnacht die massenhafte Verschleppung der deutschen Juden in die Todeslager. Einher damit ging der nackte Raub an jüdischem Eigentum. Die SS- und SA-Männer hielten sich schadlos am Geld und an den Wertgegenständen der Familien, die sie aus ihren Wohnungen zerrten. Für die Freunde des Reichsführers-SS aber fiel mehr dabei ab. Sie teilten unter sich den Besitz der jüdischen Kapitalisten auf. Das mächtige Bankhaus Warburg & Co. etwa rissen Haniel, Siemens und die drei Großbanken, die im Freundeskreis vertreten waren, an sich. Krupp raubte die Reederei Blumenfeld usw. usf. Darüber hinaus wurden die deutschen Juden auch noch gezwungen, einen Betrag von einer ganzen Milliarde Goldmark als „Kontribution" aufzubringen, der auch in die Kassen der Monopole wanderte und vor allem den verstärkten Kriegsvorbereitungen diente. „Arisierung" wurde diese in der neueren Geschichte einmalige Raubaktion genannt.

So wurde jüdisches Blut in „arisches Gold" verwandelt. Angesichts dieser Tatsachen werden die eingangs erwähnten hektischen Dementis des Siemens-Konzerns verständlich. Aber Tatsachen bleiben eben Tatsachen. Kein Verschweigen und auch nicht das dreiste Leugnen kann die Wahrheit aus der Welt räumen, daß die deutschen Monopolherren die wirklichen Kommandeure des KZ-Staates waren, daß an ihren Händen das Blut von Millionen klebt.

Die Massenvernichtung

Die Errichtung und der Betrieb von Todesfabriken — der sogenannten Vernichtungslager — geht schier über die menschliche Vorstellungskraft. Auschwitz — die Bücher der SS registrieren eine tägliche „Vernichtungskapazität" von 25.000 bis 30.000 Menschen. In Treblinka sind es 25.000, in Sobibor 20.000... Viele, die „Holocaust" sahen, suchen nach einer Erklärung. Wer setzte diese Maschinerie in Gang und warum? Gerade angesichts solcher Fragen sind die „Experten" mit ihren erwähnten Erklärungen zur Hand. Da ist dann auf der einen Seite der Rassenwahn der Nazi-Führer. Und auf der anderen Seite das deutsche Volk, das Hitler an die Macht gewählt hat, ihn bejubelt und ihm blindlings in allem gefolgt ist. So gedenken die Herren Ideologen des Bonner Staates die Schuld an den unbeschreiblichen Verbrechen des Hitler-Staates schön gleichmäßig auf den „Führer" und „sein Volk" zu verteilen. Was den zweiten Punkt betrifft, so haben wir in den letzten Ausgaben des „Roten Morgen" schon dargestellt, daß der Faschismus nicht vom Volk, sondern von den Monopolherren an die Macht gebracht wurde, daß er nicht Ausdruck des Volkswillens, sondern eine blutige Diktatur der Bourgeoisie über das Volk war.

Und was die Motive für die Vernichtungsfeldzüge des Faschismus angeht, wollen wir hier noch einmal den Nazi-Ideologen Goebbels zitieren, der sich von vielen seiner Nachläufer durch eine brutale Offenheit unterschied: „Wir kämpfen nicht um ideologische Ziele; am Baku-Öl, an der Donez-Kohle, an der überreichen Landwirtschaft Rußlands wollen wir uns gesundstoßen." Nicht Wahnideen trieben den faschistischen deutschen Imperialismus an, sondern die Gier nach der Eroberung fremder Länder. Die Massenvernichtung von Millionen Menschen war nur ein Mittel, um diese Gier zu befriedigen. Ihr waren ja nicht nur die Juden Deutschlands und Europas ausgesetzt, sondern vor allem auch die slawischen Völker Osteuropas. Der deutsche Imperialismus kannte für diese Völker, die er zu „Untermenschen" gestempelt hatte, nur eine einzige Alternative: entweder Arbeitssklaven für die Monopole zu sein oder als „unwertes Leben" (sprich: nicht mehr für die Ausbeutung verwendbar) vernichtet zu werden.

Die ganze unmenschliche, aber eiskalte Logik des kapitalistischen Ausbeutersystems spricht aus der folgenden Denkschrift des Ministeriums für die besetzten Ostgebiete aus dem Jahr 1942: „Die Slawen sollen für uns arbeiten. Soweit wir sie nicht brauchen, mögen sie sterben... Bildung ist gefährlich. Es genügt, wenn sie bis 100 zählen können. Höchstens die Bildung, die uns brauchbare Handlanger schafft, ist zulässig. Die Religion lassen wir ihnen als Ablenkungsmittel. An Verpflegung bekommen sie das Notwendigste. Wir sind die Herren, wir kommen zuerst." Das war das Programm des deutschen Imperialismus bei seinem Feldzug gegen Osteuropa. Daraus spricht seine schrankenlose Gier nach der Ausplünderung, Unterjochung und Ausrottung anderer Völker.

Diesem Programm entsprach es, ganze Gebiete durch die Vernichtung ihrer Bewohner zu entvölkern, um Raum für eine Besiedlung durch die deutschen Eroberer zu schaffen. Diesem Programm entsprach es, die ganze slawische Intelligenz auszurotten, denn wer mehr als „bis 100 zählen" konnte, war für die Eroberer unnütz und gefährlich. Das Mordbataillon „Nachtigall" war eine der Einheiten, die dieses Pro-

Fortsetzung auf Seite 10

KZ-Sachsenhausen, Zwangsarbeit im Klinkerwerk

Der KZ-Staat

Fortsetzung von Seite 9

gramm in die Tat umsetzten. Es mordete allein in den ersten sechs Tagen der deutschen Besatzung in der sowjetischen Universitätsstadt Lwow 5.000 Einwohner hin. An der Spitze dieses Bataillons stand der spätere Bonner Minister Oberländer.

Wie in Deutschland selbst, so richtete sich auch in der überfallenen und in ihren westlichen Gebieten besetzten Sowjetunion der besondere Haß der Faschisten gegen die Kommunisten, die sie gnadenlos ausrotten wollten. Das drückte sich etwa in dem sogenannten Kommissarsbefehl vom 6. Juli 1941 aus, der die sofortige Liquidierung aller politischen Mitarbeiter der Roten Armee anordnete.

„Vernichtung durch Arbeit"

Die Konzentrationslager, mit denen die Faschisten mit dem Beginn ihres Raubkriegs auch Osteuropa überzogen, waren Vernichtungslager und Reservoir für Arbeitssklaven in einem. In dem Film „Holocaust" gab es einige Anspielungen auf das Chemiemonopol IG-Farben (nach der Zerschlagung des Faschismus in Bayer, Hoechst und BASF „entflochten"). Die IG-Farben holte sich ihre Arbeitssklaven aus dem KZ Auschwitz. Für vier Mark pro Tag und Mann mieteten sie die Todgeweihten von der SS an. Sie errichteten sogar eine eigene Produktionsstätte in einem Nebenlager von Auschwitz, wo sie auf der Grundlage der Sklavenarbeit der Verschleppten und Eingekerkerten höchste Profite herausschinden konnten. In „Holocaust" wurde eine solche Sklavenarbeit als mögliche Rettung vor der Vernichtung dargestellt. Die Wirklichkeit jedoch sah ganz anders aus. Der SS-Kommandant von Auschwitz, Rudolf Höß, hat selbst eingestanden, daß die von den Monopolherren bis aufs Blut ausgepreßten Häftlinge „zur Vernichtung von den Betrieben an die Lager zurückgeschickt" und daß „fortlaufend neue Häftlinge als Nachschub an die betreffenden Betriebe gesandt wurden".

In diesem Programm ist die Unmenschlichkeit des kapitalistischen Systems bis auf die äußerste Spitze getrieben. Die Arbeitskraft ist nicht einmal mehr eine Ware, die die Blutsauger ankaufen müssen. Sie gehört der SS und kann für ein paar läppische Mark gemietet werden. Der Arbeiter selbst ist Eigentum der SS, sie hält ihn bei der Verrichtung seiner Arbeit unter der Knute. Nicht die allergeringste Sorge müssen die Monopolherren für diese Arbeitssklaven tragen. Sie können sie im wahrsten Sinne des Wortes bis zur vollständigen körperlichen Erschöpfung ausbeuten. Für die reibungslose Vernichtung dessen, was übrigbleibt und für frischen Nachschub sorgt dann wiederum die SS.

Der Faschismus, der jeder seiner verbrecherischen Aktionen pedantisch einen Namen zu geben wußte, hatte auch für dieses Programm eine Bezeichnung — „Vernichtung durch Arbeit". Millionen von Menschen, vor allem Polen, Sowjetbürger und Juden, sind auf diese Weise für die Superprofite der deutschen Monopole hingemordet worden. Und wer hat sich am grausamen Tod dieser Menschen bereichert? Da sind einmal — wie erwähnt — die IG-Farben-Herren. Sie haben sich sogar doppelt und dreifach an der Vernichtung gesundgestoßen. Einmal durch die Sklavenarbeiter, die sie aussaugten, zum anderen dadurch, daß sie die von der SS angemieteten Todeshäftlinge für einen lukrativen Aufschlag an andere Betriebe weiterverliehen und drittens ließ auch die Massenvernichtung selbst die Tresore der IG überquellen. Denn sie produzierte und lieferte das Mordgas Zyklon B für die Gaskammern der Vernichtungslager. Müßig zu erwähnen, daß der IG-Farben-Herrscher Bütefisch auch in Himmlers Freundeskreis saß. Wie viele andere Monopolherren auch, trug dieser Massenmörder einen Titel, der wahrhaft zu ihm paßte — den eines Hauptsturmführers der SS.

Beteiligt an der Ausbeutung und Vernichtung der Sklaven aus den Konzentrationslagern waren aber auch die anderen Monopole, vor allem Krupp, daneben Flick, BMW, VW... Und natürlich fehlt auch hier nicht der Siemens-Konzern. Viele der Konzentrationslager, die unsere Karte verzeichnet, standen direkt auf dem Werksgelände dieser Konzerne.

Die Bilanz

Am Ende der faschistischen Terrorherrschaft stand diese Bilanz: 18 Millionen Menschen waren in die Konzentrationslager verschleppt worden. Elf Millionen davon kehrten nie mehr zurück. Und was ist aus denen geworden, die all das unsagbare Leiden ganzer Völker einschließlich des deutschen, das mit diesen nackten Zahlen verbunden ist, die all das auf dem Gewissen haben? SS-Offiziere bauten die Polizei des Bonner Staates auf. Hitlers Generäle, die das Ausrottungsprogramm in Osteuropa verwirklichten, kommandierten die Bundeswehr. Und die Hintermänner des Faschismus, die Blutsauger, die aus Elend und Massenmord Milliardenprofite gezogen haben, die Siemens, Flick, Krupp und Thyssen, sind weiter die Herren dieses Landes.

Aber auch für sie wird der Tag kommen, an dem Bilanz gezogen wird, an dem unser Volk ihnen die Rechnung aufmacht...



Auch in den KZs wurde der Widerstand organisiert: Bewaffnete Häftlinge in Buchenwald



Ein Panzer der Schah-Truppen von den Volksmassen erobert

Iran: Sturz der Monarchie

Die kaiserliche Garde war das Rückgrat des faschistischen Schah-Regimes. Die „Unsterblichen" nannte der Henker auf dem Pfauenthron seine Garde — mit der grenzenlosen Arroganz dessen, der seine blutige Herrschaft für ewig hält. Aber als am Wochenende diese „Unsterblichen" mit ihren Panzern gegen die Elendsquartiere der Hauptstadt vorrückten, wurde ihr Marsch jäh gestoppt.

Jetzt ging es nicht mehr darum, mit Maschinengewehren unbewaffnete Demonstranten niederzumähen, das Feuer aus den Panzergeschützen gegen Frauen und Kinder zu richten. Jetzt standen bewaffnete Werktätige der Garde gegenüber. Die Kugeln aus ihren Schnellfeuergewehren rissen tiefe Löcher in die Reihen der Schah-Truppen. Im Hagel ihrer Molotow-Cocktails brannten Panzer und Lastwagen aus. Die „Unsterblichen" wurden gestoppt, ihr Mordhaufen wurde zersprengt und in die Flucht gejagt.

Dieser großartige Sieg bildete die Grundlage dafür, daß die bewaffneten Massen in neuen hartnäckigen Kämpfen die Polizeigebäude, die Sender, die Regierungseinrichtungen und schließlich die ganze Stadt unter ihre Gewalt bringen konnten. Der Aufstand vom Wochenende ist der bisherige Höhepunkt der revolutionären Bewegung des iranischen Volkes. Es stellt — nach der Vertreibung des Schahs — einen zweiten, noch bedeutenderen Sieg dar.

Aber wessen Sieg? Glaubt man der bürgerlichen Propaganda, die seit Monaten auf uns einhämmert, dann war es der Sieg des Ayatollah Khomeiny. Er habe, so wurde man nicht müde uns zu erklären, allein durch die Kraft seines Wortes aus dem Pariser Exil heraus erfolgreich den Sturz des Schahs betrieben. Und nun hätten einige Aufrufe an seine Anhänger genügt, um auch das letzte Hindernis auf dem Weg zu einer islamischen Republik aus dem Weg zu räumen.

Was bezweckt eine solche Darstellung der iranischen Ereignisse? Sie soll den gewaltigen und heldenhaften Aufstand des Volkes umfälschen in einen Machtkampf zwischen einem harten, aber dem Fortschritt gegenüber aufgeschlossenen Herrscher auf der einen und einem mittelalterlichen Religionsfanatiker auf der anderen Seite. So soll die Solidarität mit dem kämpfenden iranischen Volk gelähmt, der beispielhafte Charakter seines Aufstandes für die anderen unterdrückten Völker geleugnet und verwischt werden.

Aber die blutige Dynastie der Pahlewis wurde nicht durch die Worte oder Gebete Khomeinys gestürzt. Es waren die Volksmassen, die sich in Millionenstärke zum Kampf erhoben und der Monarchie den Todesstoß versetzt haben. Und das taten sie nicht mit Worten sondern mit den Waffen, die ihnen zur Verfügung standen: mit Streiks, Massendemonstrationen und schließlich auch mit Gewehren. Was hat sie in diesen Kampf getrieben, wo lagen die Wurzeln ihrer Revolte gegen das Regime des Schahs?

Es waren die immer unerträglicher werdenden Verhältnisse eines Systems, das für die breiten werktätigen Massen nur gnadenlose Ausbeutung durch die ausländischen Monopole und die einheimische Großbourgeoisie, zunehmende Verelendung und blutige faschistische Unterdrückung kannte. Wir haben im „Roten Morgen" wiederholt über den Verlauf der Kämpfe und über die Forderungen berichtet, die in diesen Kämpfen erhoben wurden.

Am klarsten hatten die iranischen Proletarier, deren monatelanger Generalstreik das Rückgrat des Aufstandes bildete, die Wünsche der Volksmassen zum Ausdruck gebracht. Da war einmal die deutliche Kampfansage an den amerikanischen Imperialismus, den Oberherrn über den Iran, die sich in den Forderungen nach der nationalen Kontrolle über das Erdöl, nach der Verjagung der amerikanischen Militärberater und der sonstigen ausländischen „Experten" ausdrückte. Da war zum anderen der unmißverständlich erklärte Wille, den faschistischen Gewaltapparat zu zerschlagen, die Monarchie zu stürzen und demokratische Verhältnisse herzustellen. Und schließlich forderten die streikenden Arbeiter und mit ihnen die anderen kämpfenden Volksmassen auch eine grundlegende Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage.

Dafür ist das iranische Volk in den Kampf getreten, in einen Kampf, der viele Opfer gekostet hat, aber auch historische Siege brachte. In den Forderungen und Kampfparolen wird auch der Charakter der großen Erhebung des Volkes deutlich: Es ist eine revolutionäre Bewegung mit antiimperialistischem, antifeudalistischem und demokratischem Inhalt.

Ein besonderes Kennzeichen dieser Revolution ist die Tatsache, daß sie über keinen einheitlichen revolutionären Kampfstab verfügt. Die wahrhaft kommunistische Partei, die Kommunistische Partei der Arbeiter und Bauern des Iran, die heldenhaft und richtungsweisend in die Kämpfe eingegriffen hat, ist noch zu schwach, um die Aufgaben eines solchen von den Massen anerkannten Stabes wahrnehmen zu können. So orientierten sich breite Teile des Volkes an Khomeiny, dessen harte Haltung gegenüber dem Schah ihre Sympathie erweckte. Aber die Tatsache, daß der religiöse Führer sich immer mehr an die Spitze der Erhebung stellen konnte, ändert nichts an ihrem oben beschriebenen Charakter als einer tiefgehenden Volksrevolution.

Wie wir es weitergehen? Es wäre gefährlich zu glauben, das iranische Volk habe jetzt, mit dem Sturz der Monarchie, den endgültigen Sieg errungen und seine antiimperialistischen und demokratischen Ziele schon erreicht. Die Regierung, die am Montag in Teheran eingesetzt wurde, setzt sich — soweit man das sehen kann — aus mehr oder weniger progressiven Elementen der Bourgeoisie zusammen. Khomeiny selbst hat es bislang vermieden, sich klar über sein Programm zu äußern und damit zu erkennen zu geben, inwieweit dieses Programm mit den Interessen des Volkes übereinstimmt bezie-



hungsweise ihnen entgegensteht. Der alte Staatsapparat der Monarchie, des faschistischen Schah-Regimes, ist zwar schwer angeschlagen, aber nicht vernichtet. Das gilt vor allem für die Armee, die Hauptstütze der proamerikanischen Diktatur.

Am Wochenende haben die Generäle den Soldaten befohlen, in ihre Kasernen zurückzukehren und sich nicht in die Kämpfe „einzumischen". Das darf aber keinesfalls als eine Kapitulation verstanden werden. Selbst bürgerliche Stimmen aus Teheran haben am Montag davon gesprochen, daß die Armee sich nun nach den Meutereien und Befehlsverweigerungen der letzten Zeit „konsolidieren" müsse. Das bedeutet: Durch den Rückzug in die Kasernen wollen die militärischen Befehlshaber ein Auseinanderbrechen der Armee vermeiden und ihre Kontrolle über dieses wichtigste Machtinstrument der Diktatur festigen.

Und wenn man von der Kontrolle über die Armee spricht, dann muß man von den amerikanischen Imperialisten sprechen, die sie aufgebaut und bewaffnet haben, die noch heute durch tausend Fäden mit dem Führungskorps dieser Armee verbunden sind. Washington hat mehr als einmal deutlich gemacht, daß es seinen Griff auf den Iran nicht lockern, daß es nicht zulassen wird, daß dieses Land seiner Kontrolle entgleitet. Ein unmißverständlicher Beweis für die Ernsthaftigkeit der amerikanischen Drohungen gegen das iranische Volk ist die Tatsache, daß gegenwärtig der Kriegsminister Washingtons, Brown, die Königreiche und Scheichtümer am Persischen Golf bereist und dort die Voraussetzungen für die Verlegung neuer amerikanischer Waffensysteme und Truppenverbände schafft.

Die Gefahr einer militärischen Aggression der amerikanischen Imperialisten in der einen oder anderen Form ist also keineswegs dadurch gebannt, daß jetzt eine von Khomeiny eingesetzte Regierung in Teheran ihre Amtsgeschäfte aufgenommen hat. Zum anderen ist es auch ein bedrohliches Zeichen, daß die amerikanische Supermacht — ebenso wie die anderen imperialistischen Räuber — ihre Kontakte zu der neuen Regierung verstärkt. Dahinter verbirgt sich niemals der Wille, die Errungenschaften der iranischen Revolution anzuerkennen, sondern nur das Bestreben, die neue Regierung im Sinne der Imperialisten zu beeinflussen und das iranische Volk um die Früchte seines Kampfes zu bringen.

Trotz dieser für die iranische Revolution äußerst bedrohlichen Lage hat Khomeiny am Montag die Volksmassen dazu aufgerufen, die Waffen, mit denen der Sieg vom Wochenende erfochten wurde, wieder abzugeben. Wie wir aus Teheran erfahren konnten, ist dieser Aufruf jedoch nur zum Teil befolgt worden. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, daß die revolutionären Werktätigen des Iran in den langen Jahren des Kampfes gegen das Schah-Regime ihr Bewußtsein erhöht haben, daß sie nicht bereit sind, die Waffen aus der Hand zu legen und sich den kommenden Ereignissen ungeschützt gegenüberzustellen.

Angesichts der Verschwörungen der Feinde der Revolution ist die größte Wachsamkeit geboten. Der Kampf des iranischen Volkes ist noch lange nicht beendet, aber in diesem Kampf werden die Revolutionäre künftig Waffen tragen. Vor den Genossen unserer iranischen Bruderpartei stehen große Aufgaben bei den Anstrengungen für die Festigung der Siege der Revolution und für das Vorantreiben des Kampfes, der sich letztlich gegen jede Form der Ausbeutung und Unterdrückung richten und in eine sozialistische Revolution übergehen muß.

Es lebe der heldenhafte revolutionäre Kampf des iranischen Volkes!

Filmkritik

Kotulla: „Aus einem deutschen Leben"

Der Film „Aus einem deutschen Leben" über den Auschwitz-Kommandanten Höß, der am 4. Februar im Fernsehen gezeigt wurde, sollte ein kritischer Beitrag zur Auseinandersetzung mit der Nazi-Barbarei sein. Diesem Anspruch genügte der Film insgesamt nicht, wenn auch die gute Absicht des Regisseurs Kotulla erkennbar war.

Der Film zeigte zwar den Mordterror der Freikorps und der SA; er zeigte einen Ausschnitt von Auschwitz; er zitierte Originaldokumente, zum Beispiel Teile aus der Aussage des Höß. Die Darstellung insgesamt war aber merkwürdig distanziert. Die Ungeheuerlichkeit der begangenen Verbrechen wurde nicht vermittelt.

Der Film konzentrierte die Aufmerksamkeit auf die Psychologie der Hauptfigur, Höß. Ausführlich wurde die Entwicklung seines Charakters geschildert, die Ausbildung seiner mörderischen Eigenschaften wie unbedingter Gehorsam und gewissenlose Gewissenhaftigkeit. Dabei aber blieb es. Die faschistischen Verbrechen erschienen im Film schließlich als bloße Folge der Eigenschaften Höß'.

Der Faschismus war und ist aber kein psychologisches Problem. Er ist ein Produkt des Imperialismus, Ausdruck des menschenverachtenden Profitstrebens, der Raubgier, der Aggressivität der Monopole. Der deutsche Imperialismus zog sich in den dreißiger und vierziger Jahren die faschistischen Mordbrenner heran, die er zur Verwirklichung seiner Ziele brauchte; er schuf sie sich nach seinem Bilde. Von dieser Grundtatsache war jedoch in Kotullas Film nichts zu spüren.

Indem der Film die faschistischen Verbrecher rein psychologisch in den Griff zu bekommen suchte, verklärte und beschönigte er zwangsläufig auch die Figur des Massenmörders. Höß wurde so dargestellt, daß sich der Betrachter des Films wenigstens ansatzweise in ihn hineinversetzen konnte; sein Darsteller Götz George verlieh ihm zeitweise fast sympathische Züge. Dies aber wurde der historischen Gestalt des KZ-Kommandanten nicht gerecht. Für den Faschisten Höß waren nicht nur unbedingte Befehlsgläubigkeit und pedantische Genauigkeit in der Vernichtung von Menschen, sondern ebenso fanatischer Rassismus und Antikommunismus, militaristischer Dünkel, Sadismus, Gefühlskälte, Karrierestreben, Bereicherungssucht kennzeichnend.

Natürlich kann ein antifaschistischer Film einen solchen Menschen zum Mittelpunkt seiner Darstellung machen. Er muß ihn aber richtig darstellen, sowohl was seine Eigenschaften und Triebkräfte als auch was seinen gesellschaftlichen Zusammenhang betrifft. Und vor allem muß er ihn so darstellen, daß er den vollen Abscheu und Haß des Betrachters auf sich und auf das System, das er repräsentiert, zieht. Dies ist Kotulla mit seinem Film „Aus einem deutschen Leben" nicht gelungen.

Filme über den Faschismus — Vorschläge —

Professor Mamlock, DDR 1961, Regisseur: Konrad Wolf. Der Film gründet sich auf das gleichnamige Schauspiel von Friedrich Wolf. Thema sind die Judenverfolgungen im Dritten Reich Ende der dreißiger Jahre und der antifaschistische Widerstandskampf.

Ehe im Schatten, DDR 1947, Regie: Kurt Maetzig. Der Film behandelt das tragische Schicksal des Berliner Schauspielerehepaares Gottschalk. Joachim Gottschalk lehnte es leidenschaftlich ab, sich von seiner jüdischen Frau scheiden zu lassen, und trotzte auch allen Korrumpierungsversuchen seitens der Nazis. Seine Frau hatte auf die ihr noch mögliche Flucht ins Ausland verzichtet, weil sie Repressalien gegen ihren Mann fürchtete. Nach jahrelangem, sich ständig verstärkenden Druck der Faschisten ging das Schauspielerehepaar gemeinsam in den Tod. — Ein Film, der bei den Zuschauern eine ungewöhnlich tiefgehende antifaschistische Wirkung hervorrief.

Die Mörder sind unter uns, DDR 1946, Regie: Wolfgang Staudte. Geschichte eines aus dem Krieg heimgekehrten jungen Arztes, der bei der faschistischen Wehrmacht Zeuge von Kriegsverbrechen wurde. In einem angesehenen Fabrikanten erkennt er seinen ehemaligen Bataillonskommandeur wieder, der im Osten morden ließ.

Nackt unter Wölfen, DDR 1963, Regie: Frank Beyer. Eindrucksvolle Verfilmung des Romans von Bruno Apitz über Leben und Widerstand im Konzentrationslager Buchenwald.

Rat der Götter, DDR 1950, Regie: Kurt Maetzig, Drehbuch: Friedrich Wolf und Philipp Gecht. Der Film, der dokumentarisch überlieferte Ereignisse künstlerisch umsetzt, deckt am Beispiel des IG-Farben-Konzerns auf, aus welchen Gründen und auf welche Weise der Hitler-Faschismus zur Macht gebracht wurde. Er zeigt die großen Profiteure als treibende Kraft hinter den faschistischen Verbrechen.

Einer von uns, DDR 1960, Regie: Helmut Spieß. Spielfilm über das Leben des Arbeitersportlers und antifaschistischen Widerstandskämpfers Werner Seelenbinder.

KLK an PTX — Geschichte der Roten Kapelle. Spielfilm über den Kampf der kommunistischen Widerstandsorganisation Schulze-Boysen/Harnack.

(Die obengenannten Filme sind zu bestellen bei: UNIDOG-Verleih, Postfach 45, Dantestr. 29, 8000 München 19. Beim Bestellen daran denken, daß es sich bei UNIDOG um einen revisionistisch geführten Filmverleih handelt. Filmclubs, die unter dem Namen KPD/ML oder Rote Garde bestellen, werden von UNIDOG nicht beliefert).

Auch Henker sterben, USA 1942, Regie: Fritz Lang, Drehbuch: Bert Brecht und Fritz Lang. Angeregt durch das Attentat auf Heydrich 1942 in Prag, schildert der Film den Kampf der tschechischen Untergrundbewegung gegen die Nazi-Okkupanten. (Zu beziehen über: atlas film, Düsseldorferstr. 5-7, 4100 Duisburg).

Rotation, DDR 1949, Regie: Wolfgang Staudte. Der Film erzählt die Geschichte des Druckereimaschinenmeisters Behnke, der sich zunächst aus dem politischen Geschehen heraushalten will, dann aber mit Hilfe eines befreundeten Kommunisten an die Seite der kämpfenden Antifaschisten findet. Von seinem eigenen Sohn jedoch wird er denunziert; er gerät in Todesgefahr . . . (Zu beziehen über verschiedene Landesbildstellen, zum Beispiel Landesbildstelle Schleswig-Holstein, 2300 Kiel).

Nicht empfehlenswert:

Der gewöhnliche Faschismus, UdSSR 1965, Regie: Michail Romm. In diesen Tagen öfter von kommunalen Kinos und Volkshochschulen als bessere Alternative zu „Holocaust" angeboten, hält dieser Film nicht, was er verspricht: eine Analyse, wie es zum Faschismus kommen konnte. Mit zum Teil unangebrachten ironischen Kommentaren werden die faschistischen Führer als Verführer der Massen in den Mittelpunkt gerückt. Und es bleibt der Eindruck: Die Massen sind der Demagogie der Faschisten bedingungslos verfallen, letztlich sind sie es, die die Schuld für den Faschismus tragen.

Geschichtsbücher im Verlag Neue Zeit erschienen



Von den Kreuzzügen bis zur I. Internationale

Im Verlag Neue Zeit sind jetzt auch die Bände „Geschichte des Mittelalters" und „Geschichte der Neuzeit 1640 - 1870" erschienen. Damit liegt nun ein vierbändiges Geschichtswerk, das eine knappe und informative materialistische Darstellung der Entwicklung der Menschheit von den Anfängen bis 1918 gibt, vollständig vor. Bereits veröffentlicht sind die Bände „Geschichte des Altertums" und „Geschichte der Neuzeit 1870 - 1918".

Die Geschichtsbücher, die in deutscher Sprache erstmals kurz nach dem Krieg in der sowjetisch besetzten Zone als Lehrbücher für den Schulunterricht erschienen, unterscheiden sich grundlegend von bürgerlichen Darstellungen. Geschichte erscheint in ihnen nicht als eine Aneinanderreihung und Verherrlichung der Großtaten von Fürsten, Königen, Kaisern, Feldherrn, Staatsmännern und dergleichen; sie türmen nicht den Plunder nebensächlicher Jahreszahlen zu einem Gerümpelhaufen auf, in dem man sich nicht mehr zurechtfindet. — Sie stellen vielmehr die Geschichte der Menschheit, die eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, in ihrem inneren Zusammenhang dar. Sie erklären die Entstehung, die Existenz, das Verschwinden der Gesellschaftsklassen und ihren Kampf untereinander aus den jeweiligen, sich infolge der Entwicklung der Produktivkräfte ständig verändernden ökonomischen Verhältnissen.

Kriege, Eroberungszüge, Bündnisse, Staatsgründungen, Aufstände, Revolutionen usw., Kultur, Wissenschaft und Technik erscheinen nicht mehr als willkürliche und zufällige Produkte genialischer oder überspannter Hirne, sondern werden verständlich als Ergebnisse bestimmter Entwicklungsstufen der menschlichen Gesellschaft und des Klassenkampfes.

Die „Geschichte des Mittelalters" umfaßt im wesentlichen die Periode vom Aufstieg des Feudalismus bis zu seinem fortschreitenden Zusammenbruch, bis zu den ersten bürgerlichen Revolutionen. Unter anderem schildert und analysiert der Band die Übernahme des Weströmischen Reiches durch die Barbaren, die Entwicklung der Frankenreiche, die Kreuzzüge, die Entwicklung der mittelalterlichen Städte und des Kaufmannskapitals, die Machtentfaltung und den Niedergang der römischen Kirche, die großen Entdeckungen, die Reformation und den Bauernkrieg, die bürgerliche Revolution in den Niederlanden und den Dreißigjährigen Krieg.

Die „Geschichte der Neuzeit 1640 - 1870" umfaßt die Epoche der großen bürgerlichen Revolutionen, der Entfaltung der bürgerlichen Gesellschaft sowie ihres beginnenden Verfalls und der Entwicklung des Proletariats, des Totengräbers der Bourgeoisie. Sie enthält unter anderem Darstellungen der bürgerlichen Revolution in England, des Unabhängigkeitskriegs in den nordamerikanischen Kolonien, der Französischen Revolution, der Freiheitskriege, des Wirkens von Marx und Engels, der Revolution von 1848, des Bürgerkriegs in den USA und des Entstehens und der Entwicklung der Arbeiterbewegung in Europa.

In den vorliegenden Bänden wird die Darstellung der Geschichte nicht auf Europa beschränkt. Auch die geschichtliche Entwicklung in entfernteren Weltgegenden und Ländern wie China, Japan, Indien, Iran wird in die Betrachtung miteinbezogen, die wechselseitigen Einflüsse und Wirkungen der verschiedenen Kulturkreise aufeinander werden berücksichtigt. Bedingt nicht zuletzt durch die Gleichzeitigkeit der Darstellung entwerfen die Geschichtsbücher dem Leser ein treffendes Bild der Kämpfe und des Fortschritts der gesamten Menschheit.

„Geschichte des Mittelalters", hrsg. von E. A. Kosminski, 322 S., 9, 80
„Geschichte der Neuzeit 1640 - 1870", hrsg. von A. W. Jefimow, 308 S., 9,80 Mark
„Geschichte des Altertums", hrsg. von A. W. Mischulin, 219 S., 7,80 Mark
„Geschichte der Neuzeit 1870 - 1918", hrsg. von W. M. Chwostow, 222 S., 7,80 Mark

Die Bände hat der Verlag Neue Zeit in paperback-Ausgaben vorgelegt, Format 16 mal 25 cm. Sie sind reichlich und anschaulich illustriert, jeweils mit Zeittafel und Namensregister versehen. Die einzelnen Abschnitte und Darstellungen sind übersichtlich gegliedert.



„Dick, fett und . . . verfassungsmäßig"

. . . ist der Titel dieser Lithographie. Obwohl Honoré Daumier sie vor fast 150 Jahren geschaffen hat, spricht sie uns heute immer noch an, gewinnen wir ihr in diesem Land der sogenannten freiheitlich-demokratischen Grundordnung einen hochaktuellen Bezug ab. Das gilt für viele der Arbeiten des großen Künstlers und Revolutionärs Daumier. Daumier hat in den Kämpfen des französischen Volkes stets mit gegen bürgerlich-feudale Reaktion gefochten, hat in seinen Graphiken die Feinde der Freiheit entlarvt und bloßgestellt. Er hat die Rolle des aufstrebenden Proletariats im Freiheitskampf erkannt und dargestellt. Daumier starb vor 100 Jahren, am 11. Februar 1879. (Ein ausführlicher Artikel über Leben und Werk Honoré Daumiers findet sich im „Roten Morgen" Nr. 31/78).

Sie tragen nicht mehr die gepuderten Prachtperücken der absoluten Fürsten. Sie nennen sich „Volksvertreter". Und doch vertreten sie genausowenig die Interessen des Volkes, wie es ihre feudalen Vorläufer taten. Dies kann man täglich beobachten. Dies zeigt sich in all den großen staatsmännischen Reden, Konferenzen und Taten; dies zeigt sich aber auch — und oft noch prägnanter — an kleinen, scheinbar nebensächlichen Begebenheiten. Zwei solcher Begebenheiten haben sich in diesem Winter in Schleswig-Holstein ereignet.

Schneeräumen

In der Nacht zum letzten Freitag hatte es in Eiderstadt/Nordfriesland wieder stark geschneit. Der Wind hatte Straßen und Wege hoch mit Schnee verweht. Der Berufsverkehr kam zum Stillstand. Die Milchtankwagen gelangten nicht mehr zu den Höfen. Lastwagen und Personenwagen fuhren sich fest. Die Bewohner der eingeschneiten Ortsehaften warteten auf den Räumdienst.

Der Räumdienst indes hatte zu tun. Er schob die von der Bundesstraße 202 nach Tetenbüll-Dorf führende Straße und deren Verlängerung zum Ronneburgerschen Hof frei. Er säuberte die Straße gründlich, das heißt zweispurig. Danach zog er sich aus der verschneiten Gegend zurück.

Ronneburgerscher Hof? — Richtig, der Hof gehört Uwe Ronneburger, dem Landesvorsitzenden der schleswig-holsteinischen FDP. Und an diesem schneeigen Freitag bekam Ronneburger Besuch. Bundeskanzler Helmut landete nachmittags mit einem Hubschrauber an der Bundesstraße 202 und fuhr dann auf der freigeräumten Straße rasch und angenehm zum Ronneburgerschen Hof.

Die restliche Eiderstedt steckte und stockte weiter im Schnee. Die Bewohner gelangten nicht zu ihren Arbeitsstätten, die Milch auf den Bauernhöfen blieb unabgeholt, dringende Besorgungen mußten unterbleiben, Kranke kamen nicht zum Arzt und der Arzt kam nicht zu den Kranken. Erst am Samstag morgen wurde begonnen, die für die Dörfer lebensnotwendigen Nebenstrecken freizuschieben, allerdings nur einspurig. Dies — so dachten wohl die Verantwortlichen — reichte für das gemeine Volk.

Die Eiderstedter, die von dem Schmidtbesuch hörten, glaubten sich in die Feudalzeit zurückversetzt, wo die Interessen der Landesherrn vor allem anderen rangierten. Ihro Durchlaucht Schmidt und Ihro Gnaden Ronneburger die Hände geküßt hat aber keiner . . .

Zugverspätung

Korrespondenz. Man wundert sich immer wieder, warum Züge oft so unverschämt spät kommen. Jetzt im Winter glaubt man eine Erklärung dafür zu wissen: Schnee! Obwohl die Bundesbahn sagt: „Alle reden vom Wetter, wir nicht!"

Aber neulich war es tatsächlich nicht der Schnee, der für eine Viertelstunde Verspätung des Inter-City-Zuges „Gorch Fock," sorgte. Nein, es war mal wieder ein „hohes" Tier, der Kultusminister Braun von Schleswig-Holstein.

Als nämlich der Inter-City von Kiel nach Köln durch Flintbek kam, hielt er dort an der dritten Milchkanne. Alles rannte erstaunt zum Fenster. Zugentführer? Nein, nur der Kultusminister und fünf andere Leute. Kurz nach der Weiterfahrt entpuppten sich diese fünf als Gorillas, Leibgarde von Euer Gnaden, die frech in alle Abteile der Nachbarwagen glotzten, ob da nicht irgendein Terrorist saß.

Und nun hatte der Zug bereits 20 Minuten Verspätung! Alles schimpfte. Die meisten wußten gar nicht, was passiert war. In Gesprächen wurde dann vielen schnell klar, daß alles nur wegen diesem dummen Kultusminister geschah, der doch wahrhaftig die paar Kilometer nach Kiel rein mit seiner Staatskarosse hätte fahren können.



Pierre Cardin bei einer Modenschau in der In- Export-Bekleidungsgesellschaft in Shanghai. Die beiden Mädchen führen zwei Cardin-Modelle vor.

„Wer sie ansieht, vergißt sein Elend" (oder auch nicht!)

Pariser Chic für Chinas neue Bourgeoisie

Welchen Platz die chinesischen Revisionisten der Frau im „Neuen China" zugedacht haben, zeigt folgendes Gedicht. Es erschien in der offiziellen chinesischen Literaturzeitschrift „Littérature Chinoise" vom Februar 1979. Es lautet:

Tsao Tsche

Voller Anmut eine junge Schöne,
Pflückt Blätter der Maulbeere am Straßenrand.
Zarte Zweige erbeben wie im Tanz,
Leise flatternd fallen Blätter herab.
Zurückfallende Ärmel entblößen die weißen Hände,
Am Arm ein goldener Reif,
Im Haar eine glitzernde Spange
Gleich einer Vogelschwinge,
Am Gürtel die Jadeschnalle.
Alabastern der Hals, geschmückt mit einem Collier aus Perlen, Korallen und Smaragden.
Der Umhang aus feinstem Gewebe und der leichte Rock
Wehen im Wind.
Wo ihr Blick hinfällt erstrahlt das Licht.
Ihr Atem ein Hauch von Parfum.
Die Reisenden halten ihre Wagen an,
Wer sie ansieht, vergißt sein Elend.
Wo lebt dieses herrliche Geschöpf?
Ihr Haus steht im Süden der Stadt,
In der Nähe der großen Straße.
Ein mächtiges Tor und ein schweres Schloß.
Ihre Schönheit strahlt wie die aufgehende Sonne,
Wer kann ihrem Zauber widerstehen?
Oh, Freier, was wartet ihr noch?
Vorwärts! Bringt ihr Geschenke — Jade und Seide.
Jedoch, die junge Schöne träumt von edlen Tugenden,
Wo findet sich ein ehrenhafter, tugendsamer Mann?
Vergeblich beschwören sie laut ihre Liebe,
Verstehen nicht ihre Ideale.
Und sie, in der Blüte des Lebens, erhebt sich seufzend
des Nachts in ihrem jungfräulichen Gemach.

Die Leserin N. aus Köln, die das Gedicht aus dem französischen übersetzt und uns zugeschickt hat, schreibt dazu:

„Das Gedicht spricht für sich — trotzdem möchte ich ein paar Sätze dazu sagen. Es zeichnet ein Bild der Frau, wie wir es aus der verlogenen bürgerlichen Kunst und Literatur kennen, und es kommt nicht von ungefähr gerade heute in eine offizielle chinesische Literaturzeitschrift.

In einem wirklich sozialistischen Land wäre es daher unmöglich, die ‚erblühte Rose' mit den ‚weißen Händen', behängt mit Perlen, Korallen, Smaragden, Jade und Gold, die sich zum Kauf feilbietet, zu propagieren.

Dieses von der neuen chinesischen Führung propagierte Bild der ‚Idealfrau' läßt einen Hinweis zu auf den Grad der Emanzipation der Frau im heutigen China. Und hat nicht bereits Marx festgestellt, daß der Grad der Emanzipation der Frau der natürliche Gradmesser der Emanzipation der Gesellschaft überhaupt ist?

Frau Deng wird sich anstrengen müssen, ihrem ‚Ideal' näherzukommen, bevor ihr die chinesichen Arbeiterinnen und werktätigen Frauen den ‚Alabasterhals' umgedreht haben."

Die Linie des Gedichts wird in China tatkräftig in die Wirklichkeit umgesetzt. Kürzlich war zum Beispiel der Pariser Modeschöpfer Pierre Cardin, Leibschneider der Kapitalisten des Westens, zu Besuch. Er dürfte dabei das Seinige zur stilechten Einkleidung der Frauen der neuen Bourgeoisie beigetragen haben nach dem Motto: „vom Westen lernen". Das Foto zeigt ihn (in hellem Anzug) auf einer Modenschau in Schanghai.



Samstag, 17.2. um 17.00 Uhr, WDR I: **„Blickfeld"** mit **„Tod am Arbeitsplatz"** von M. M. Böhmer. Der Film geht von einem realen Fall aus: Am 2. März 1977 war der Bergmann Josef Spill bei seiner Arbeit auf der Westerholt/Gelsenkirchen verunglückt und sieben Wochen später gestorben. Bei der Beerdigung kritisierte der Pfarrer in seiner Gedenkrede die mangelnde Arbeitsplatzsicherheit. Diese Grabrede ärgerte Werksleitung und Betriebsrat der Zeche. Sie zerrten den Pfarrer „wegen Beleidigung und übler Nachrede" vor Gericht.

In dem Fernsehfilm kommen Bergleute und ihre Familienangehörigen, Betriebsratsmitglieder und ein Bergwerksdirektor zu Wort.



Nach einem Grubenunglück

Sonntag, 18.2. um 20.00 Uhr, ZDF:
„Die Ratten". Berliner Tragikomödie von Gerhardt Hauptmann in einer Aufführung der Freien Volksbühne Berlin. Der deutsche Dramatiker Hauptmann (1862-1946) gestaltete mit großer dichterischer Kraft und Milieu-Echtheit Probleme seiner Epoche und das vielfältige, oftmals ergreifende Ringen der Erniedrigten und Beleidigten um ihre Menschenwürde. Er verlieh den Empfindungen des einfachen Volkes Ausdruck. Das Stück „Die Ratten" entstand 1911.



Gerhard Hauptmann

(Die Vorschläge sind „ohne Gewähr". Wir können uns die Filme meist vorher nicht ansehen.)

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 300526

4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....
○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich **DM 30,00** ○ halbjährlich **DM 15,00**

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel. 0231 433691 und 433692.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Politische Buchhandlung Spartacus, Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/177404, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/511537, geöffnet: Do 16.00-18.30.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Walle Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestraße 49, Tel.: 0203/550623, geöffnet: Mo-fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-14.00 Uhr

4300 **ESSEN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Altendorfer Buchhandlung, Helenenstr. 35, Tel.: 0201/624299, geöffnet: Do und Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10.00-12.00 Uhr. Tel. 0461/29601

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/437595, geöffnet: Mo-Fr 16:00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di und Do 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/445162, geöffnet Di-Do 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u. Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561/16507, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchladen „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/367702, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/854124, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 17.00-18.30 Sa 10.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/76939, geöffnet: Di, Do, Fr 16.30-18.30 Uhr.

2350 **NEUMÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Kieler Str. 21, Tel.: 04321/46424, Mo, Mi, Fr 15.30-18.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/438043, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, geöffnet: Mo—Fr 13.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr. 089/2607554

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo, Di, Do und Fr: 11.00-18.00 Uhr, Mi 15.00-18.00 Uhr und Sa 10.00-13.00 Uhr